

Der Preuße

Mitteilungen der Notverwaltung des Deutschen Ostens (NDO)



Zeitung für Politik, Wirtschaft und Kultur

6. Jahrgang, Nr. 2

ISSN 1618-2707

Verden, März/April 2002

DM 5,-; € 2,⁵⁰

STAATSTERRORISMUS

von Holger Hartung

„Wenn es die US-Regierung wirklich für gerechtfertigt hält, Regierungen auszulöschen, die Terrorismus unterstützen und Terroristen beherbergen, dann müßte die Regierung von Israel als erste ausgelöscht werden“ - verkündet Dr. William Pierce von „AMERICAN VOICES BROADCAST“ am 29. September 2001.

Tatsächlich gründet der Staat Israel seit 1948 bis zum heutigen Tage in der Verge-
waltigung des Völkerrechtes durch Ver-
treibung und Ausmordung der Palästinenser aus deren angestammter Heimat.
Terroristen wie Menachem Begin und Ben Gurion haben mittels Banden wie etwa die Stern- oder die Irgunbande die Palästinenser dorfweise mit Mann, Frau und Kind ausgerottet.

Ariel Sharon setzt diesem Treiben derzeit die Krone auf.

Nicht anders befließen sich die USA selbst eines Terrorismus als Staat, wie ihn die Welt seit dem Untergang der Sowjetunion - zumindest in jüngerer Zeit - noch nicht erlebt hat und lassen hinsichtlich der Größenordnung auch noch die Sowjetunion im Schatten sehen.
Auch die USA sind in die Geschichte im Wege der Ausmordung eines ganzen Erdteils von seinen Ureinwohnern, den Indianern, eingetreten.

Heute „befreien“ sie die Welt mit ihrem bigott-heuschlerisch-widerlichen „ameri-

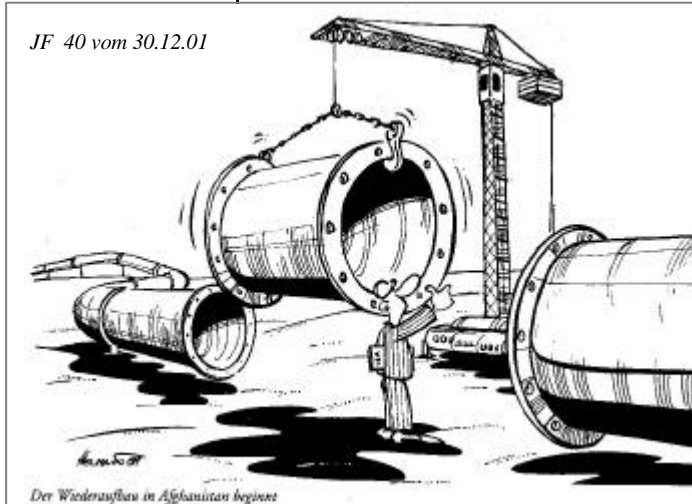
can way of life“, auch irreführend „democracy and freedom“ genannt, von ihren noch gesunden, gewachsenen Volksgemeinschaften - notfalls mit Gewalt.

Schurkenstaaten

Sie haben inzwischen die Welt in Gut und Böse, in „demokratische Staaten“ und „Schurkenstaaten“ unterteilt ohne sich der Gefahr bewußt zu sein, vom eigenen Schatten überholt zu werden.

Unter dem Vorwand – prüffeste Beweise, daß Talibanchef Bin Laden hinter den Anschlägen vom 11. September 2001 steht, gibt es nicht, nach Us-Außenminister Powell nicht einmal Hinweise – diesem

JF 40 vom 30.12.01



Unterschlupf zu gewähren, überfällt derzeit das reichste Land der Welt das ärmste, überzieht Städte, Dörfer, ja ganze Landschaften mit Bombenteppichen mit den entsprechenden „Kollateralschäden“ bei der Zivilbevölkerung.

Von Leichenbergen berichten die Medien - nicht zuletzt Kinder -, von sinnlosem Terror und Völkermord.

Fortsetzung auf Seite 2

Verfassung und Verfassungsschutz

von Klaus Hoffmann

Es sind Minister, Abgeordnete, Parteichefs, ja auch Juristen aller Art, Hochschulprofessoren die JURA lehren und der Großteil der Medien sowieso, die fälschlicherweise stets von einer „Verfassung“ und einem Geheimdienst, den man „Verfassungsschutz“ nennt, herumorakeln.

Richtig ist, dass es in BR-Deutschland **keine** Verfassung gibt und es sich bei der stets angesprochenen „Verfassung“ um das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland handelt. Welche „Verfassung“ wird da eigentlich vom sogenannten „Verfassungsschutz“ geschützt?

Fakten sind vielmehr, daß auf dem Boden des Deutschen Reiches von den Siegermächten von 1945 zwei Staaten (DDR+BRD) gebildet wurden und die Ostprovinzen unter Fremdverwaltung kamen.

Bereits 1973 stellte der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichtes (richtig wäre GrundgesetzEinhaltungs-Gericht) folgendes fest: „Das Grundgesetz geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch von 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation (nur der Deutschen Wehrmacht und nicht wie häufig in bestimmten Medien behauptet wird, des Deutschen Reiches!) noch durch die Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist. Das Deutsche Reich besteht fort, besitzt nach wie vor Rechtskraft, ist allerdings als Gesamtstaat derzeit nicht handlungsfähig.“

Die provisorischen Gebilde BRD/DDR konnten also auch **keine** völkerrechtsbindenden Verträge abschließen. Die deutsche Frage ist nach wie vor offen, kein Völkerrechtler kann das Gegenteil beweisen.

Abonnieren Sie Der Preuße!

Empfehlen Sie diese Zeitung auch Freunden und Bekannten!

Das es noch **keine Verfassung** gibt, sagt auch eindeutig der Artikel 146 des Grundgesetzes **für die Bundesrepublik Deutschland**. Zitat: "Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine VERFASSUNG in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in **freier Entscheidung!** beschlossen worden ist." (Entnommen der 26.neubearbeiteten Auflage des Grundgesetzes vom 1.11.1990, erschienen im Deutschen Taschenbuch-Verlag, also nach der Vereinigung von BRD+DDR).

Ein „Verfassungsschutz“ für eine **nicht vorhandene Verfassung** ist absurd und somit gänzlich überflüssig. Grund genug, um diesen endlich aufzulösen, damit Millionen EURO-Steuer Gelder gespart werden. Als Geheimdienst reicht es aus, wenn der Bundesnachrichtendienst/BND besteht und entsprechend ausgestattet ist, um den Staat zu schützen.

Fortsetzung von Seite 1 Staatsterrorismus

Afghanistan hat aber die USA weder bedroht noch angegriffen.

Das Gleiche gilt neben Japan, Deutschland, dem Irak, Serbien und dutzenden von weiteren Staaten und Völkern demnächst wohl auch für Somalia, ein weiteres Mal für den Irak und weitere islamische Staaten, die den Zielen der USA in irgendeiner Weise im Wege stehen.

Die Ziele

Es geht kurzfristig um Öl, mittelfristig um strategische Vorteile und langfristig um die Weltmacht.

„Unsere globale Vision ist jetzt herausgefordert worden“ erklärte Us-Präsident George W. Bush unmittelbar nach dem Anschlag vom 11. September 2001 in den USA.

Dafür werden ganze Höhlengefüge und Bergketten mit Uran-Hartmantelbomben und -Raketen zerlegt – Raketen von der Art, die in Bagdad in Sekunden Tausende von Menschen in einem Bunker töteten -, Dazu dienen die berüchtigten Vakuumbomben vergleichbarer Wirkung, dafür haben die USA und die Hiwis der afghanischen „Nordallianz“ zwischen dem 25. November und dem 1. Dezember 2001 in der Gefängnisfestung Kala-i Dschangi ein Blutbad unter 600 – 800 gefangenen Taliban angerichtet, die zur Hälfte gefesselt waren.

Darum werden die nach Guantanamo auf Kuba verschleppten, gefangenen Taliban-Kämpfer mit den Händen auf den Rücken

gefesselt und mit Augenbinden versehen, nach Donald Rumsfeld, dem us-amerikanischen Außenminister „eine durchaus menschenwürdige Behandlung“.

Und diese Leute haben es nach dem Zweiten Weltkrieg gewagt, Deutsche und Japaner in Verletzung von Ursache und Wirkung als „Kriegsverbrecher“ anzuklagen, zu verurteilen und teilweise hinzurichten ?!



Amerikanische Soldaten bringen einen Gefangenen auf Guantánamo Bay in seine Zelle. Was haben die Us-schergen mit diesem wehrlosen Mann angestellt?
FAZ 22.01.2002 Nr 18/57 Foto ddp

Zweifel

Inzwischen wird die Täterschaft Bin Ladens oder sonstiger islamischer „Terroristen“ bei jenen Anschlägen auf us-ameri-

„Was glauben die Zivilisten denn, welche Art Krieg wir geführt haben? Wir haben kalten Blutes Gefangene niedergemacht, wir haben Lazarette pulverisiert, Rettungsboote versenkt, feindliche Zivilisten getötet oder verwundet, Verwundeten den Garaus gemacht, Sterbende mit Toten in ein Loch zusammengelegt. Im Pazifik haben wir die Schädel unserer Feinde zerschlagen, sie abgekocht, um aus Ihnen Tischgarnituren für unsere Bräute zu machen und haben Ihre Knochen ausgemeißelt, um Brieföffner aus Ihnen zu verfertigen. Wir haben unsere Phosphorbombenabwürfe und unsere Morde an der Zivilbevölkerung mit dem Abwurf von Atombomben auf zwei unverteidigte Städte gekrönt und haben so zur Zeit einen unbestrittenen Rekord im Massenmord erreicht. Als Sieger haben wir uns das Recht angemaßt, unsere Feinde für Ihre Kriegsverbrechen vor Gericht zu ziehen; aber wir sollten Realisten genug sein, zu begreifen, daß wir in einem Dutzend Anklagepunkten für schuldig erklärt würden, wenn man uns wegen Bruchs der Kriegsgesetze vor Gericht stellte. Wir haben einen ehrlosen Krieg geführt, denn die Moral stand im Denken des kämpfenden Soldaten erst an letzter Stelle.“

(Edgar L. Jones, einer der bekanntesten US-Kriegsbericht, in seinem Protest gegen die unlautere Diffamierung der Besiegten und gegen die heuchlerisch begründete Verfahrensweise der amerikanischen Militärtribunale; abgedruckt in der Revue „The Atlantic Monthly“, Februar 1946)

kanische Einrichtungen immer unwahrscheinlicher.

Gleich nach dem 11. September 2001 hatten der OPEC-Staaten den israelischen „Mossad“ verdächtig.

Aus dem portugiesischen Exil meldet der hochrangige ehemalige CIA-Agent Dr. Oswald de Winter, daß sich auf den Listen –sowohl der Fluggäste wie der Mannschaften – jener vier Verkehrsflug-

zeuge, die am 11. September 2001 entführt- und zur Vernichtung us-amerikanischer Einrichtungen benutzt worden waren, kein einziger arabischer Namen befindet.

De Winter hat diese Listen veröffentlicht.

Zuletzt meldet sich der wohl beste Kenner der Szene in Deutschland, Andreas von Bülow, als MdE ehemaliges Mitglied der parlamentarischen

Kontrollkommission

der „Dienste“ und des „Schalck-Goldkowsky-Untersuchungsausschusses“ mit begründeten Bedenken in „Der Tagesspiegel“ (wiedergegeben nach „AMERICAN FREE PRESS“ 4/2002) zu Wort.

Nach von Bülow war die technische und organisatorische Meisterleistung vom 11. September 01 undenkbar ohne Hilfe staatlicher Dienste.

Gegenüber AFP hat von Bülow im Dezember 2001 den israelischen Mossad hinter den Anschlägen vermutet. Bemerkungen von Bülow's gegenüber dem Tagesspiegel über eine mögliche Schuld Israels werden, nach AFP, in den bundesdeutschen Medien unterdrückt.

Die „NATO“ als kollektives Sicherheitssystem ist die Fortsetzung der Besatzung mit anderen Mitteln und auf anderen Wegen.

Mediale Gehirnwäsche

Inzwischen ist mittels der verlustreichen Anschläge und dank einer weltweiten medialen Gehirnwäsche das allgemeine Feindbild vom „Antikommunismus“ durch einen „Antiislamismus“ ersetzt worden.

Dieser dient nun als Mittel zum Zweck, um zunächst einmal us-amerikanische Ölwünsche zu erzwingen und sich hierfür der Hilfe unbedarfter Drittstaaten, wie nicht zuletzt der Bundesrepublik Deutschland, zu vergewissern.

Bekanntlich ist Afghanistan die mittelasiatische Drehscheibe für Öl- und Erdgasverfrachtung.

Da sich die Talibanregierung dem Bau von

Fortsetzung auf Seite 3

Öl- und Gasleitungen durch Afghanistan widersetzte, war sie im Weg.

Der Plan, Afghanistan notfalls gewaltsam zu besetzen, bestand schon Monate vor dem 11. September.

Das Ölgeschäft

George W. Bush wurde wesentlich durch Ölgelder – etwa des Unternehmens „Enron“ – Präsident der USA und ist selbst am Ölgeschäft beteiligt.

Die us-amerikanischen Ölunternehmen – so auch Enron – tummeln sich neben israelischen, britischen und saudiarabischen seit Jahren in der Kaspischen Senke mit Schwerpunkt Baku im Dauerwettstreit mit Rußland.

Inzwischen hat „Enron“ trotz – oder gerade wegen seiner engen Verfilzung mit der Bush-administration Konkurs anmelden müssen, der in den USA ein wirtschaftliches Erdbeben mit unabsehbaren Folgen auslöst.

Laut AFP vom 7. Oktober 01 ist in der früheren Sowjetrepublik Turkmenistan ein „früherer“ israelischer Geheimdienstler, Yosef A. Maïman, gleichzeitig Präsident der israelischen „Merhav“-gruppe und Beauftragter Turkmenistans für die Ausbeutung der turkmenischen Vorräte.

Aus dem Geflecht internationaler Geschäftsinteressen bestand also Handlungsbedarf gegenüber den halsstarrigen Taliban, die zudem aus religiösen Gründen den gewinnbringenden Mohnanbau unterbunden hatten.

„Wiederaufbau“

Unter „Wiederaufbau“ ist in Afghanistan also in erster Linie der Bau von Öl- und Gasleitungen zu verstehen, den bundesdeutsche Soldaten zu Lasten deutscher Steuerzahler und zum Vorteil internationaler Ölgesellschaften unter Gefahr an Leib und Leben zu sichern haben.

Die friedliebenden USA

„Eine einzelne Nation, der es gelingt, die Moral, die Qualität des Menschen auf fast der gesamten Erdoberfläche in die Tiefe stürzen zu lassen, das hat es nicht gegeben, seit der Globus existiert. Ich klage die Vereinigten Staaten an, im ständigen Zustand des Verbrechens gegen die Menschheit zu sein.“

Henry de Montherland, franz. Schriftsteller und Dichter (1896 - 1972)

Aber nicht nur dies.

Der Terror der „Dritten Durchgangs“ steht für weit mehr.

Schon beginnt der weitere Aufmarsch vor Somalia und in Kuwait, der Iran wird isoliert und die Flankenbereinigung durch Ausschaltung der islamischen Länder gegenüber China schreitet zügig fort.

Flankenbereinigung

Der drohende Krieg zwischen Indien und Pakistan um Kaschmir, der selbst den Einsatz von Kernwaffen, über die beide Staaten verfügen, nicht ausschließen lässt, könnte gut in das Bild passen, wenn er von dritter Seite angestiftet sein sollte.

Kriegshandlungen, mit – oder ohne Einsatz von Kernwaffen würden den USA den Vorwand liefern, beide Staaten überfallsartig ihr Atompotential abzunehmen – als „friedensstiftende Maßnahme“. Es scheint, als hätten beide Staatschefs diese Gefahr erkannt.

Inzwischen sprechen alle Zeichen dafür, daß Israel die Gelegenheit nutzt, sich gewaltsam zu Lasten Palästinas zu vergrößern mit Endziel „Erez-Israel“. Dies wieder mit voller Unterstützung der Bushregierung, die erstmals auch mit Palästinenserführer Arafat unmittelbar anlegt.

Inneramerikanische Spannungen

Wo Hans Schmid, Vorsitzender des deutsch-amerikanischen Komitees für nationale-öffentliche Angelegenheiten anlässlich der Wahl von G. Bush jun. den alten Konflikt zwischen den WAP (White Anglosaxon Protestants) und den jüdischen Verbänden der USA – vorläufig – zugunsten der erstgenannten entschieden sah, lag er richtig.

Mit dem 11. September 2001 hat sich die Lage jedoch schlagartig geändert. Bush muß froh sein, nicht das Schicksal J. F. Kennedys erlitten zu haben.

Das geniale geopolitische Viereck des russischen Staatspräsidenten Wladimir W. Putin, geeignet, das eurasische Schachspiel des us-amerikanischen Chefplaners Zbigniew Brzezinski zu durchkreuzen, bestehend aus Rußland, China, Indien und dem Iran, ist in Gefahr.

Ihm bleibt derzeit zur verlässlichen, wechselseitigen Rückendeckung nur China.

Gefahr für Rußland und Deutschland

Aus Angst vor der rasch aufwachsenden Macht Chinas gönnen die USA Rußland aber nicht die dringend erforderliche Ruhepause zur inneren Wiederherstellung – von den Russen „Wiedergeburt“ genannt.

Dies bedeutet, daß Rußland gezwungen sein könnte, zu handeln.

Der größte Handlungsbedarf besteht für Rußland dort, wo NATO und EU nach Osten zur Einkreisung Rußlands ansetzen.

Dies wiederum bedeutet Gefahr für Deutschland und macht Nordostpreußen zum Dreh- und Angelpunkt möglicher Auseinandersetzungen.

WIDER DEN GESUNDEN MENSCHENVERSTAND

r.h.

Das Amtsgericht München - 833 Cs 115 Js 11375101 - hat am 15. Januar 2002 gem. §§ 185, 194, 52 und 53 StGB gegen den Münchner Bürger Winfried Dentler eine Geldstrafe in Höhe von DM 750,- verhängt.

Genau wegen des gleichen Vergehens hatte aber zuvor der Angeklagte selbst Anzeige gegen die „Süddeutsche Zeitung“ wie zusätzlich wegen Volksverhetzung und Rassenhaß erstattet.

Grund dieser Anzeige war ein Aufsatz in der SZ im Herbst 1997 unter der Überschrift, *Was ist deutsch?*“, in dem u.a. stand... *deutsch war schon ... der mittelalterlichen Welt ein Schimpfwort, das plump, versoffen, brutal bedeutete.*“ und *„Deutsch ist, wer zum Volk der Mörder gehört“.*

Die Staatsanwaltschaft war allerdings seinerzeit der Auffassung, diese Äußerungen seien vom Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt und lehnte ein Verfahren ab,

Als Winfried Dentler daraufhin im April 1998 mit einem Flugblatt, *Unterschied zeigt Haß*“ an die Öffentlichkeit ging, legte ihm die Staatsanwaltschaft auf Anzeige der SZ zur Last, deren Mitarbeiter dadurch beleidigt zu haben, daß er diese als „ethnisch Andersartige, die sich nicht zu ihrer wahren Volkszugehörigkeit bekennen würden, als fanatisch antideutsch gesinnte Pseudodeutsche mit deutschem Paß, die aus monströsen Ressentiments und pathologischen Haß handelten und die aus rassistischem Antagonismus den Deutschen mit Schuldzuweisungen attackierten sowie als Mitglieder einer Menschenart, welche zu den verotablen Deutschen in ei-

Justitia



nem natürlichen Feindschaftsverhältnis stünden "bezeichnet habe.

Fortsetzung auf Seite 4

Zu seinem Unglück hatte Dentler auf Art. 3 des „Grundgesetzes“ gesetzt :*„Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich*

Was, fragt sich der Bürger mit gesundem Verstand, nützt uns ein „Grundgesetz“, wenn ein deutsches Gericht dies zur Makulatur macht ?

Haben wir demnach Menschen unterschiedlichen Rechtes in unserem Land, von denen immer diejenigen rechtbekommen, die das eigene Nest beschmutzen?

Die Sache erhält scharfe Umrisse, wenn wir diesen Vorgang mit dem Einstellungsbeschluß des Oberstaatsanwaltes K l e i n beim Landgericht Frankfurt/Main - 50 Js 16051.0/94 - einer Strafanzeige gegen Mitglieder des „Zentralrates der Juden in Deutschland“ wegen Beleidigung und Volksverhetzung vergleichen. Diese hatten *„die gesetzliche, politische und gesellschaftliche Achtung“* Andersdenkender gefordert

Bubis und Friedmann hatten von *geistigen Brandstiftern* " gesprochen und von *„schlimmsten Volksverhetzern“*.

Die Begründung für diese Einstellung ohne Aufnahme von Ermittlungen ist ein Schulbeispiel für juristische Dialektik

Unter Berufung auf die Bundesverfassungsgerichtsentscheidung in NJW 1991, 95 erklärt die Staatsanwaltschaft, *„daß scharfe und überspitzte Formulierungen für sich genommen eine schädigende Äußerung noch nicht unzulässig machen, wenn es um Beiträge zum geistigen Meinungskampf in einer die Öffentlichkeit wesentlich berührenden Frage geht“*.

Und weiter *„In diesem Kampf der Meinungen muß weitgehend Meinungsfreiheit vorherrschen. Andernfalls würde ein wesentliches Moment freiheitlich-demokratischer Rechtsordnung beschränkt werden“* gemäß o.g B.verf. G.-Entscheidung, nach welcher, *„Werturteile sind von Art. 5 Abs 1 GG durchweg geschützt, ohne daß es darauf ankäme, ob die Äußerung wertvoll oder wertlos, richtig oder falsch, emotional oder rational ist“*.

Da haben wir es schwarz auf weiß: alle dürfen, manche aber auch nicht.

Ein solcher Umgang mit dem Recht ist nicht nur wider den gesunden Menschenverstand, er zerstört das Recht selbst, indem er dessen Grundsätze zerstört, hier den der Gleichheit vor dem Gesetz.

zu diesem Platz« sagt der Albatros, das Husarenäffchen, der Spanier, der Schotte, der Stichling, der Russe, der Pariser ... Und alle leben im Vollgefühl territorialen Besitzes, territorialer Zugehörigkeit. Mensch und Tier unterliegen in gleichem Maße dem Zwang ihres Territoriums, das ihnen drei fundamentale Lebensimpulse liefert: die Möglichkeit, sich mit etwas Größerem und Beständigerem, als sie selbst sind, zu identifizieren, das Gefühl der Sicherheit und endlich den Anreiz zum Weiterleben und zur Arterhaltung. Darin liegt beispielsweise die Erklärung dafür, daß der Verteidiger seines Territoriums auch gegenüber einem ihm an Stärke überlegenen Angreifer nicht chancenlos ist, weil ihm das territoriale Gefühl ungeahnte Kräfte verleiht.

Robert Ardrey, (amerik. Anthropologe)

Ein Staat aber, der auf Unrecht baut, ist ein Unrechtsstaat.

Dentler hat Berufung eingelegt

Braune Ratte und rote Zecke

Die Juristentagung auf Einladung der GFP am 20 Oktober 2001 in Würzburg stellt fest.

Die Grauzone zwischen freier Meinungsäußerung und falscher Tatsachenbehauptung werde vor Gerichten meist zugunsten der linken Schreibtischtäter ausgedehnt. Der Vorwurf, „braune Ratte“ sei Ausfluß einer grundgesetzlich geschützten freien Meinung, die Bezeichnung „rote Zecke“ dagegen eine Beleidigung.

Vorschlag eines Gesetzes

Gesetz über Meinungsfreiheit und Medien

von Graf Sixtus von Plattenberg

In der Erkenntnis des *per se* monopolistischen Charakters der Medien:

- wegen deren Begrenzungen in Zeit, Platz und Kanälen/Frequenzen, - und zwar

sowohl für die Produzenten als auch Konsumenten von Information -, weiters

- der völligen Abhängigkeit von externer Finanzierung durch PR und Werbung von Konzernen, wegen der Konzentra-

tion und der damit verbundenen quasi-monopolistischen Stellung, die logischerweise zur Verfolgung eigennütziger Interessen führt und

- um die Ermöglichung einer multipolaren Sicht der Begründungen und der Folgen von Entscheidungen welche die Res Publica betreffen zu sichern, indem der Reichtum an Informationen und die Vielfalt der Meinungen allgemein verfügbar gemacht wird, die in einer funktionierenden Demokratie unverzichtbar sind,

ist die Presse, Radio und Fernsehen und jegliches andere organisierte Medium verpflichtet, Zeit bzw., Platz der Regierung und staatlichen Organen im Umfang von ... Prozent, jeder anderen registrierten politischen, kulturellen oder Familien-Organisation, die jegliches Thema, das von diesen Medien aufgegriffen wurde, zu kommentieren wünscht, im Umfang von mindestens ..., aber nicht mehr als höchstens, oder im Gesamtausmaß von ... Prozent pro Jahr frei und unentgeltlich verfügbar zu machen.

Die Nicht-Einhaltung dieser Verpflichtungen führt zu einer Strafe in Form einer 75%-igen Steuer auf alle Webeeinkünfte für eine gewisse Periode, die abhängig von der Schwere des Verstoßes gegen diese Bürgerrechte festzulegen ist, die aber in keinem Fall unter drei Monaten hegt.

Prentice Millford 1929

Jeder muß sich selbst die Gerechtigkeit erkämpfen. Sobald wir unseren Wert für andere klar erkennen, sollen wir auch die anderen diesen Wert erkennen lehren. Sehen sie ihn nicht, so dürfen wir nicht geben, bis sie gelernt haben, ihn zu sehen. Fahren wir fort zu geben, wenn unsere Gaben mißachtet werden, so sind wir die größeren Sünder! Denn dann verschwenden wir wissentlich das hohe Gut, das das unendliche Bewußtsein durch uns strömen läßt.

Sympathie ist Kraft. Wenn ein überlegener Geist viel an einen minderwertigen Menschen denkt, sendet er ihm einen Strom von Macht, Inspiration und Energie. Da er aber nicht Gleiches zurückerhält, wird er geschädigt an Leib und Seele. Er gibt Gold und erhält Eisen. Der minderwertige Intellekt, der also vampirhaft sich nährt, ist nur fähig, jenen Teil der hohen Gabe zu absorbieren, der eben noch in seine geistige Sphäre fällt, - der Rest geht nutzlos verloren.



Israelische Urheber von «Palästinenser-Anschlägen» in Israel ?

Odi Profanum Vulgus et arceo!
von Cicero

von Matthias Erne

Als im Dezember der amerikanische Sondergesandte Zinni zu einer Vermittlungsmission in den Nahen Osten aufbrechen wollte, musste er dies in einem schrecklichen Klima tun. In rascher Folge zündeten Selbstmordattentäter ihre Bauchgürtelbomben in verschiedenen israelischen Städten. Die blutigen Bilder gingen um die Welt. Offiziell wurden extremistische palästinensische Gruppen beschuldigt, sie wollten mit den *Anschlägen* die Friedensmission Zinnis sabotieren. Man schob die Schuld indirekt Arafat in die Schuhe, der zuwenig entschlossen gegen den Terror in seinen Reihen vorgehe.

US-Friedensmission erschwert

Andere, gewöhnlich gut informierte Kreise wiesen allerdings schon damals darauf hin, dass *dies auch* anders sein könne. Sie meinten, Sharon würde doch von den Anschlägen politisch profitieren, weil er seine kriegerischen Aktionen gegen die Palästinenser als «Kampf gegen den Terror» ausgeben könne. Auch könnten die USA in einem Klima von Anschlägen weniger Druck auf ihn ausüben, so daß er nicht wieder an den Verhandlungstisch zurückzukehren müsse. Immerhin hatte US-Präsident Bush im November, im Rahmen der UNO-Vollversammlung, einen Palästinenser-Staat in Aussicht gestellt. Die erwähnten Anschläge gingen während der Mission Zinnis weiter, und die israelische Seite konnte hart bleiben und eine «moralische Entscheidung» verlangen. Nach Zinnis Rückreise in die USA erklärte Sharon seinen Gegenspieler Arafat sogar zur «quantité négligeable», zerstörte seine Lufttransportmittel, kreiste ihn mit Panzern ein und verbot ihm, der mit einer praktizierenden Christin verheiratet ist, den Besuch der weihnachtlichen Mitternachtsmesse in Bethlehem.

Israelische Agenten gestehen

Über diese Abläufe, das Verhalten Sharons und die vagen Reaktionen der USA gäbe es viel zu kommentieren. Eine höchst interessante Erklärung zu den Anschlägen lieferte der Palästinenser-Präsident in einem Interview mit dem Spiegel in der letzten Ausgabe des vergangenen Jahres. «Spiegel: Sharon macht eine vollständige Ruhepause, in der kein Schuß fällt, zur Be-

dingung für eine Rückkehr an den Verhandlungstisch.

Arafat: Niemand auf der Welt kann für jeden Bürger garantieren. Das hat selbst Israel nicht geschafft, obwohl es erwiesen ist, daß die Täter, die für bestimmte Terroranschläge in Israel verantwortlich zeichnen, aus dem israelischen Staatsgebiet stammen. Wenn Sie wollen, können Sie morgen mit zwei palästinensischen Agenten des israelischen Geheimdienstes sprechen, die von unseren Sicherheitsorganen gefasst wurden. Sie haben uns gestanden, von israelischen Stellen zu anti-israelischen Terroranschlägen angeheuert worden zu sein. Ich habe das sowohl dem amerikanischen Geheimdienstchef Tenet wie auch anderen Verantwortlichen mitgeteilt. Eine Antwort darauf habe ich allerdings bis heute nicht erhalten. »

Das Interview mit Arafat führte Volkhard Windfuhr, der Kairoer Korrespondent des Spiegels. Zeit-Fragen fragte Windfuhr telefonisch, ob er mit den von Arafat erwähnten israelischen Agenten gesprochen hätte. «Nein» meinte er, «denn ich hatte nur eine kurze Gelegenheit nach dem Gespräch mit Arafat, das eingeschlossene Ramallah verlassen zu können. Andernfalls wäre das Interview vor Weihnachten nicht mehr in Druck gegangen.» Windfuhr betonte jedoch: «Der Besuch der gefangenen Agenten wäre zweifellos möglich gewesen.» Angesprochen auf die Glaubwürdigkeit von Arafats Aussage zu den israelischen Agenten meinte er. «Nach meinen Erfahrungen und meinem Empfinden machte Arafat mir nichts vor.»

CIA-Chef schweigt

Welche Reaktionen diese israelischen Agenten in Israel auch immer hätten auslösen sollen, kann offenbleiben. Schrecklich genug ist, dass die Regierung Sharon oder gewisse Verantwortliche solche im eigenen Land organisieren. Die Behauptung Arafats ist nicht unglaublich, ist doch beim «Spiegel» bis zum 2. Januar kein Dementi der israelischen Seite eingegangen. Windfuhr meinte: «Es war auffällig ruhig nach diesem Interview. Sonst bekommt mein Büro Anrufe von israelischen Persönlichkeiten oder vom Botschafter, diesmal nicht einmal einen Leserbrief. Wenn auch CIA-Chef Tenet nicht dementiert, was man ja mit zwei Zeilen tun kann, sagt dies auch einiges. Aber gelesen wird der «Spiegel», dass kann ich Ihnen versichern. Stille Re-

aktionen wird's wohl schon gegeben haben, in Israel, aber die sind eben still.»

Anschläge und «Anschläge»

Der von Arafat geschilderte Abruf zeigt, daß nicht alles wahr ist, was wir auf dem Bildschirm sehen. Anschläge kann man von Agenten ausführen lassen und sie dem Gegner in die Schuhe schieben und als Rechtfertigung für ihre eiserne Politik benutzen. Man darf sich nur nicht erwischen lassen. Es gab in jüngster Zeit mehrere Anschläge, die weltbewegende Folgen hatten. Neben Jerusalem natürlich New York und zuletzt auch den Anschlag auf das Parlament in Delhi, welcher den indisch-pakistanischen Konflikt wieder zum Siedepunkt brachte. Die Urheberschaft ist nicht eindeutig.

Der US-Präsident hat nach den Anschlägen von Washington und New York vor dem US-Kongress offen erklärt, Amerika werde Dinge tun, von denen die Welt nie erfahren wurde, wer der Urheber gewesen sei. Man nimmt also für sich in Anspruch, mit Lügen zu arbeiten, auch mit Propaganda und Massenpsychologie. (Quelle: gekürzt aus „Zeit-Fragen“, Zürich, vom 4-1-2002)

Der totale Krieg kehrt zurück...

Von Horst Mahler

Der in der Neuen Welt nun auch zu militärischer Macht gelangte [alttestamentarische] Auserwähltheitswahn duldet nicht die Völker und Nationen als selbstbestimmte Gemeinwesen. An ihnen ist der Bann zu vollstrecken: „Unterwerfung unter die Zinssklaverei oder Tod!“ Das war und ist die Formel der US-amerikanischen Außenpolitik seit 1898. Woodrow Wilsons Betrug war nur ein Zwischenschritt auf dem Weg in das Schreckensreich der Menschenrechte, den Franklin Delano Roosevelt zurückgelegt hat. In ihm ist der Gedanke der Souveränität der Nationen ans Kreuz geschlagen. In der Einen Welt gibt es nur noch die USA mit ihren Vasallen auf der einen und Schurkenstaaten auf der anderen Seite. Letztere werden ausradiert (Bush junior).[...]

Wie Pawlowsche Hunde haben sie uns abgerichtet, damit, wenn das Wort „Menschenrechte“ erklingt, wir ihren Speichel lecken und uns selbst, und unser Volk, vergessen.

Mehr denn je herrscht im Umgang mit dieser Macht der Naturzustand. Höchstes

Fortsetzung auf Seite 6

Gebot ist die Selbstbestimmung der Völker gegen die Macht des Teufels. Vernünftig - und in diesem Sinne rechtens - ist alles, was den Teufel schwächt und die Völker stärkt. [...]

Die Bevölkerungen in der Gemeindestube des Molochs führen teilweise noch das Leben von verwöhnten Haussklaven. Sie haben es in der Hand, durch Rebellion sich und die Völker zu befreien. Wenn sie diese Pflicht versäumen und weiterhin ihre Lebenskraft in die Massenvernichtungsmaschine einspeisen, befinden sie sich selbst im Bereich militärischer Vergeltungsschläge der Völker. Sie sollten nicht an das Mitgefühl und an die Solidarität der Geschundenen und Entrechteten appellieren. Sie werden ab sofort nicht mehr erhört.»

☞☞☞

Die Quelle des Nationalismus ist die Abwehrhaltung gegen eine Bedrohung, gegen die Überlegenheit einer fremden Nation von der man sich unterdrückt fühlt. Diese Abwehrhaltung mobilisiert nicht nur kriegerische, sondern auch geistige Abwehrkräfte. Der Fremde ist der Feind, der Freiheit, Besitz und die eigene Lebensart bedroht, der von Natur aus böse ist und den es abzuwehren gilt. Das Schicksal der Nation wird auf diese Weise zum Schicksal des Einzelnen und er muß und er will sich mit ihr identifizieren.

(Nation oder Europa)

Offener Brief

Johannes P. Ney

J. p. Ney - Kirchstrasse 5 a - D - 27336
Rethem / Aller

An den Bundeskanzler der Bundesrepublik
Deutschland
Rethem, den 3. Januar 2002

Herrn Gerhard Schröder
Schloßplatz 1
10178 Berlin

Hochverehrter Herr Bundeskanzler!

Gestern wurde dem Volk verkündet, daß die schimmernde Wehr zur See nun zur Verteidigung der Vereinigten Staaten von Amerika in den Indischen Ozean in die See gestochen ist. Damit haben wir den Verteidigungsfall.

Nach Artikel 115b ist jetzt die Befehls - und sogar die Kommandogewalt über die Streitkräfte auf Sie übergegangen.

Das sollte uns endlich die Gelegenheit beschaffen, die bittere Niederlage der kaiserlichen Flotte am Skagerrak auszuwetzen.

Sicher haben Sie inzwischen auch nicht nur das Fernsehen, sondern sogar den Bundestag, den Bundesrat und den in diesen Fragen entscheidenden Gemeinsamen Ausschuß unterrichtet, damit es da keine Überraschungen geben kann. Artikel 115f wäre damit erfüllt.

Bitte wollen Sie nicht vergessen, daß sie oder sonstwer während dieses Verteidigungsfalles den Bundestag nach Artikel 115h/3 nicht auflösen dürfen, auch wenn er nicht gebraucht werden sollte.

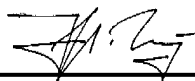
Ich vermisse in den Fernsehmeldungen einen Hinweis darauf, daß auch U-Boote in das Kriegsgewässer entsandt werden. Gerade diese scheinen mir besonders wichtig, um abgetauchte Terroristen an der Überquerung des Indischen Ozeans (unter Wasser, natürlich) zu hindern. Das ist für mich besonders bitter, denn ich bin U-Boot-Fahrer.

Nun sehe ich also die Seeschlacht von Mogadisho auf uns zukommen und bedauere nur, daß ich nicht dabei sein kann. Ich habe mich ja damals freiwillig demobilisiert, wenn auch nicht auf die Weise, in der Herr von Weizsäcker es getan hat. Wenn ich damals dageblieben wäre, dann wäre Ich inzwischen sicher schon Operetten-Kapitän oder sogar Frikadellen-Kapitän geworden und hätte so Ihre Verteidigungskraft verstärkt.

So bleibt mir nichts anderes übrig als Ihnen Kriegsglück zu wünschen.

Mit einem hochachtungsvollen Ahoi verbleibe ich bis zum Eintreffen neuer Nachrichten,

Ihr Johannes P. Ney, Oberleutnant zur See
U-739



Reger Hubschrauberverkehr in Argentinien Ausnahmestand: Argentinien versinkt im Chaos

Klaus-Weichhaus

Aus Argentinien wird extrem hektischer Hubschrauberverkehr von den privaten Landepunkten in den Wohnfestungen der Reichsten des Landes berichtet. Die seit

Jahren ausgearbeiteten und mehrfach probetesteten Chaos - Einsatzpläne können jetzt erstmalig in einem echten Katastropheneinsatz überprüft werden. Mit Sicherheit von vielen Milliardären und Politikern in aller Welt beobachtet, gemeinsam mit deren Sicherheitsmanagern und Privatpiloten, um bei dem mit Sicherheit bald eintretenden eigenen Ernstfall alle Fehlermöglichkeiten auszuschließen. Immer die Angst im Hinterkopf vor der - aus deren Sicht - unverständlichen Wut der Menschen, deren Wohlergehen doch immer ihr oberstes Ziel und ständige Antriebskraft für ihr Handeln gewesen ist. Erste wichtige Erkenntnis: Die Tragfähigkeit der zum Einsatz gekommenen Hubschrauber ist nicht ausreichend. In mehreren Fällen konnten die Hubschrauber wegen Überladung nicht abheben. Ärgerlich, wenn in solchen Streßsituationen - wie dann wohl geschehen - die wertvollen Samsonitkoffer mit den liebgewonnenen und heimlich gehorteten Goldbarren wieder aus dem Hubschrauber geschoben werden müssen.

Die vorhergehenden Ausführungen werden bestätigt durch heutige dpa-Meldungen: >>> Buenos Aires - Die Finanz- und Sozialkrise in Argentinien spitzt sich weiter zu. Bei Unruhen und Plünderungen hat sich die Zahl der Opfer weiter erhöht. Wie die Nachrichtenagentur DyN am Donnerstag berichtete, wurden bei den Ausschreitungen mindestens zehn Menschen getötet. Darunter waren auch mehrere Plünderer, die von Ladenbesitzern oder Wachleuten erschossen wurden. Mehr als 110 Menschen wurden verletzt, davon 75 Polizisten. Über 330 Randalierer wurden festgenommen. <<<

Meine argentinischen Informanten bezeichnen diese Darstellung allerdings als „extrem verharmlosend.“ Tatsache ist, daß viele Provinzen inzwischen dazu übergegangen sind, eigenes Notgeld zu drucken, um unabhängig von der Wirtschaftspolitik der auslandshörigen Regierung notdürftig weiter wirtschaften zu können. Das Land droht in terroristische Regime, die nicht zahlen wollen, zu zerfallen.

Der Insider

Das neue Jahrhundert wird eine Ära der Kontrolle über die Menschheit einleiten, wie sie bisher nicht vorstellbar war: Der Staat wird allmächtig sein, während die Privatsphäre des Bürgers praktisch aufgehoben wird.

Die größte Spionageorganisation der Welt ist die amerikanische National Security Agency (NSA), dergegenüber die CIA ein Zwerg ist. Ihr kanadisches Gegenstück, wenn auch viel kleiner; ist die CSE. Beiden Spionageagenturen ist es per Gesetz unter-

sagt, die eigenen Bürger zu bespitzeln. So belauscht die kanadische Agentur jetzt die Bürger der USA und die amerikanische NSA die Bürger Kanadas. Damit hat man

Fortsetzung auf Seite 7

dem Gesetz Genüge getan und die Informationen können ausgewechselt werden. Das internationale System, mit dem Personen und Regierungen in aller Welt abgehört werden, nennt sich ECHELON. Mit Supercomputern wird die gesamte Telekommunikation (E-mail, Telefon, Handy, Telex, Fax, Radio und Internet) weltweit abgehört und gesiebt. Dies geschieht automatisch durch sogenannte „Schlüsselwörter“. Die Computer sind mit tausenden geheimen Schlüsselwörtern so programmiert, daß bei Auftauchen eines solcher Worte (z.B. Bombe, Mandela, Hitler; Jude, Clinton oder dgl.) die Übermittlung sofort schriftlich aufgezeichnet wird. Der Computer stellt gleichzeitig die Telefonnummer; Adresse und den Besitzer des Telefons fest, Bürger eines Landes, die von vornherein auf der „Schwarzen Liste“ der Polizei oder des Verfassungsschutzes stehen, werden andererseits mittels eines Signal-Scanner-Systems, das nicht entdeckt werden kann, permanent überwacht. Ein Abhören der Gespräche innerhalb der eigenen Wohnung ist auch dann möglich, wenn nur der Fernseher, Internet oder das Handy eingeschaltet sind, ohne daß telefoniert oder ein E-mail versandt wird.

Wie die weiteren Pläne der globalen Herrscher aussehen, können wir am Beispiel einiger europäischer Großstädte erkennen. So benutzt man heute schon in England das sogenannte CCTV Überwachungssystem. Damit werden sämtliche Zufahrts- und Ausfahrtswege Londons rund um die Uhr automatisch überwacht. Mit 1800 Spezialkameras ist es möglich, gestochen scharfe Bilder jeder Einzelperson oder jedes Automerkschildes aufzunehmen. Gesuchte Personen oder Autos werden von Computer-gesteuerten Kameras automatisch erfaßt und in Sekundenschnelle an eine Polizeizentrale weitergeleitet. Die gleiche Überwachung geschieht auf allen größeren Plätzen in London und anderen großen Städten. Im ganzen werden in England bisher über eine Million solcher Kameras eingesetzt. In der Stadt Hull befinden sich über 1000 solcher Kameras, die teilweise in Ampeln und Straßenlampen versteckt und mit Nachtsichtgeräten versehen sind. Ein anderes System, genannt „Mandrake“, macht es möglich wie bei einem Fingerabdruck - die charakteristischen Merkmale des Gesichts einer Person in den Überwachungscomputer zu speichern und ihn von den angeschlossenen Kameras automatisch suchen zu lassen. Ferner benutzt die Lon-

doner Polizei inzwischen 11 Spezialfahrzeuge mit eingebauten CCTV-Kameras und dem „Mandrake“-System. Sobald eine gesuchte Person in das Blickfeld dieser Kameras gerät, schnappt die Falle zu.

Englischen Kindern wird in der Schule beigebracht, daß sie kein Recht auf eine Privatsphäre hätten, sondern daß sie sich der staatlichen Aufsicht - zum Schutze der Allgemeinheit - zu unterwerfen haben. Es kann kein Zweifel bestehen, daß diese Direktiven von der UNO ausgehen und in den kommenden Jahren weltweit eingeführt werden. (Bericht wird fortgesetzt)

Aus „BERGFEUER“ -Mitteilungsblatt des Andreas-Hofer-Bundes-

Interview mit der Südtiroler Landtags- abgeordneten Dr. Eva Klotz:



Autonomie allenfalls eine Übergangslösung

Eva Klotz wurde 1951 in Walten/Passer geboren. Ihr Vater, Georg Klotz, war maßgeblich am Südtiroler Freiheitskampf in den sechziger Jahren beteiligt. Nach dem Studium der Geschichte, Philosophie und Volkskunde erwarb sie 1974 das Doktorat. Bis 1983 als Lehrerin in der Oberstufe tätig, wechselte sie schnell in die Politik: zunächst als Gemeinderätin, dann seit 1983 als Landtagsabgeordnete und heute als Sprecherin der „Union für Südtirol“, einer föderalistischen und konservativen Kraft, die für die Selbstbestimmung Südtirols eintritt. Das Gespräch führte Steffen Ernlé.

Frau Dr. Klotz, die Parlamentswahlen in Italien sind gelaufen, eine neue Regierung unter dem Mediziner Berlusconi amtiert. Was ist vom Sieg des Mitte-Rechts-Bündnisses aus Südtiroler Sicht zu halten?

Klotz: Ich halte weder von den italienischen Rechten noch von den Linken viel, denn letztendlich sind sie alle die gleichen Zentralisten, einzig darin, daß Südtirol ein Teil Italiens ist und zu bleiben hat. Ich erwarte mir eigentlich nichts, außer daß die Gehässigkeiten gegen Südtirol zunehmen.

In

Südtirol kam es ja zu einem eigenartigen Wahlbündnis. Die hier mit absoluter Mehrheit regierende Südtiroler Volkspartei (SVP) trat gemeinsam mit dem Linksbündnis „Ulivo auf einer Liste an ...

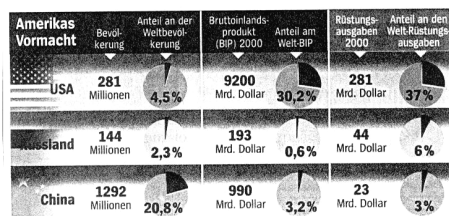
Das gute Wahlergebnis der SVP bedeutet keinen Sieg für Südtirol. Ganz im Gegenteil. Durch ihr Wahlbündnis mit der Linken und die damit erfolgte Selbstzuordnung zu einem der gesamtitalienischen Parteienlager hat die Volkspartei Südtirol ein Stück fester an Italien gebunden. Sie hat Staatspolitik gemacht anstatt Tirolpolitik. Sie hat Südtirol damit noch weiter entfernt von der Wiedervereinigung Tirols. Es ist pervers, wenn die Führung jener Partei, die zum Zwecke der Südtiroler Selbstbestimmung gegründet wurde, den Verrat an den eigenen Gründungszielen als Sieg feiert. Und es ist politisch kurzsichtig, sich darüber zu freuen, dass man in Rom noch stärker eingebunden und berechenbarer ist.

Ihre Skepsis gegenüber der neuen Regierung in Rom führt zu der Frage, ob Sie die Autonomie Südtirols für bedroht halten?

Uns geht es um die Zukunft Südtirols. Die derzeitige Autonomie betrachte ich als eine Übergangslösung. Das Ziel der patriotischen Kräfte in Südtirol ist eine Zukunft ohne Italien. Solange Südtirol bei Italien ist, hat es keine Überlebensgarantie als Tiroler Land und Tiroler Volk, weder mit noch ohne Autonomie. Deshalb gilt unser Hauptaugenmerk der Selbstbestimmung. Solange diese nicht erreicht ist, wachen wir allerdings auch darüber, dass von dem, was wir dank der großen Opfer im Freiheitskampf der sechziger Jahre erhalten haben, nichts verwässert oder gestrichen wird. Was die Einhaltung der Autonomie anbelangt, hat es im Wahlkampf unterschiedliche Ankündigungen der heute Regierungsbeteiligten gegeben. Die Assimilierungsgefahr besteht aber unabhängig davon, ob die Autonomie geschmälert wird oder nicht, denn sie ist unter den Gegebenheiten ein natürlicher und schleichender Prozess, weil die große Masse des Staatsvolkes immer eine Sogwirkung auf kleinere ethnische Gemeinschaften ausübt.



ÜBERWÄLTIGENDE ÜBERLEGENHEIT DER USA? - oberflächliche Statistiken -



Leserbrief vom 6. Februar 2002 an den „Spiegel“-verlag in Hamburg von P. Koslowski, Bremen

Betreff: Interview mit Professor Paul Kennedy in „Der Spiegel“ 6 / 2002

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die von Ihnen abgedruckten Statistiken der drei Mächte USA, China und Rußland sind zu oberflächlich.

Sie müssen doch wissen, daß in den Fällen Rußland und China alle möglichen Rüstungsausgaben in irgendwelchen „harmlosen“ Haushaltstiteln untergebracht werden zur „Tarnung“.

Außerdem sind die Personalkosten und auch Sachkosten in beiden Fällen weitaus niedriger als im Falle der USA, die ja eine sündhaft teure Berufsarmee unterhalten. Außerdem kann man nicht bei Vergleichen einfach die Außenwerte der drei Währungen unesehen miteinander vergleichen.

Es kommt sehr viel mehr auf die tatsächliche innere Kaufkraft an.

Diese einigermaßen zutreffend zu ermitteln ist natürlich sehr schwierig.

Die vorgelegte Statistik soll den Eindruck der „überwältigenden Überlegenheit“ der

„Der Friede, der dadurch entsteht, daß allen Nationen ein einziger Wille aufgezwungen wird, würde bald zu Einförmigkeit und Wiederholung, Masken der Sterilität, entarten. Während die Abschaffung des Staates uns zum ständigen Krieg zwischen den Parteien und Individuen verdammen würde, würde die Gründung eines einzigen Staates auf der Welt zu weltweiter Knechtschaft und zum Tode des Geistes führen. Die Imperien sind zur Zersplitterung verurteilt wie die Orthodoxien und Ideologien zur Spaltung.“

Octavio Paz, Nobelpreisträger.

USA vermitteln, der „einzigen, noch verbliebenen Weltmacht“.

Cui bono ?

Fachleute behaupten, daß der Zweite Weltkrieg durch die Überlegenheit der US-Stahlindustrie entschieden worden sei (80 - 85 Mill. t. p. a.).

Heute aber erzeugen die USA etwa 96 Mill. t. Stahl, China 124 Mill., Japan 94 Mill., die GUS=Länder 80 Mill., die BRD 42 Mill., Südkorea 41 Mill., Frankreich 20 Mill. u.s.w.

Außerdem erzeugt China weltweit die meisten Fernseher und Kühlschränke.

Es ist daher heute nicht mehr möglich, eine „überwältigende Überlegenheit der USA“ so uneingeschränkt im Raume stehen zu lassen - auch und gerade wenn der Lebensstandard in Rußland und China sehr weit unter dem der USA liegt.

Mit Hochachtung!

Handwritten signature

Handwritten signature

Lage in Südafrika

Zeitbühne 7-8/2000

Ich habe Südafrika und Namibia drei Mal bereist, natürlich ohne Reisegruppe, denn so erlebt man Land und Leute hautnah. Dabei habe ich auch neben Weißen viele Schwarze der verschiedenen Stämme kennengelernt, die besonders in ländlichen Gebieten, wo sie keiner Hetzpropaganda ausgesetzt waren, freundlich, fröhlich und mit ihrer Situation nicht unzufrieden waren. 1991 konnte man spätabends durch die Anderly Street, die Hauptstraße Kapstadts, bummeln, mit wesentlich geringerem Risiko als in den meisten Großstädten Europas. Heute wäre das beinahe ein selbstmörderisches Unternehmen.

Nachdem der von Moskau gesteuerte ANC (African National Congress), geführt von Nelson Mandela und dem Chefideologen des ANC, Joe Slovo, ein sowjetischer KGB-Major baltischer Abstammung (Vorsitzender der Kommunistischen Partei Südafrikas, Mitglied des Führungsstabes des militärischen Flügels des ANC) das Land durch inszenierte Krawalle in den Townships wie Soweto, bei denen immer „zufällig“ auch westliche Fernsehteams zugegen waren, wogegen bei den schrecklichen Halskrausenmorden durch Winnie Mandela und ihren Klüngel, bei denen regierungstreue Lehrer, Polizisten und Journalisten brutalst hingerichtet wurden, zufällig nie ein Fernsehteam dabei war, destabilisiert war, begann eine massive Verhetzungpropaganda für die schwarze Bevölkerung durch die ANC-Zeitschrift Sechaba, die in der DDR gedruckt wurde.

Eine sehr wirkungsvolle Desinformationspolitik überzeugte eine linkslastige Weltfö-

fentlichkeit mit den dazugehörigen nützlichen Idioten davon, daß es für die armen Schwarzen, denen es in Südafrika trotz verschiedener Mängel noch immer bedeutend besser ging als in jedem schwarzregierten afrikanischen Staat, unerlässlich war, sie vom weißen Joch der Apartheid zu befreien. So wurde ein prosperierender Staat mit einer überwiegend zufriedenen Bevölkerung ins Chaos gestürzt. Die Saat der Gewalt ging auf und die Folge ist eine Kriminalitätsrate, die ihresgleichen sucht. Um der Kriminalität einigermaßen Herr zu werden, wurde die modernst ausgerüstete Highway-Police ins Leben gerufen, Auszüge aus den entsprechenden Polizeiberichten: Südafrika hat die höchste Todesrate bei Polizisten. 1996 wurden 350 Polizisten ermordet. In Johannesburg passieren im Schnitt täglich 30 bewaffnete Überfälle, die oft mit Mord enden. Täglich werden im Schnitt 35 Highjackings (Autoraub durch bewaffnete Banditen, wobei häufig der Fahrer als unbequemer Zeuge niedergeschossen wird); verübt, stündlich werden im Schnitt 4 Frauen vergewaltigt, im Vorort Pretoria (nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen Hauptstadt) ereignen sich monatlich durchschnittlich 1500 Einbrüche trotz modernster elektrischer Sicherungsanlagen. Die Schlafraumzone ist nochmals mit starken Eisengittern gesichert, das ergibt im Ernstfall zwei Minuten Vorsprung zur Verstärkung der Highway Police. Die Betroffenen sind froh, wenn sie zur Tatzeit nicht zu Hause sind, da die Einbrecher mit unvorstellbarer Brutalität zu Werke gehen. In Soweto mit 2 bis 3 Millionen Einwohnern, davon mehr als die Hälfte illegal, ist nur durch schwarze Polizei im Panzerwagen Streife zu fahren. In einem der größten Krankenhäuser holt der Ambulanzarzt in einer durchschnittlichen Freitagnacht rund 20 Kugeln aus diversen Überfallopfern, stündlich geschehen zwei Morde und Nacht für Nacht werden etwa 100 Gewaltopfer behandelt. Die Zustände in Alexandertown mit geschätzten 500 000 illegalen Einwohnern sind wesentlich ärger als in den Favelas von Rio.

Angesichts solcher Horrorzahlen gibt die rosige Zukunft am Kap Anlaß zu den schlimmsten Befürchtungen, verstärkt durch die Tatsache, daß sich allmählich ähnliche Tendenzen im SW APO-regierten Namibia und Zimbabwe unter Präsident Mugabe zeigen, der es verstand, daß blühende landwirtschaftliche Exportland innerhalb von zwei Jahren in ein lebensmittelimportabhängiges Land zu verwandeln und dessen barbarisches Vorgehen gegen weiße Farmer und die eigene Opposition ohne Aufschrei der sonst so fleißigen Protestmarschierer über die Bühne ging. Mit dieser leider sehr bedauerlichen Entwicklung in Afrikas Süden bleibt uns wenig



Hoffnung auf eine sinnvolle zielführende Hilfe.

Heute, im März 2002, ist die Lage in südafrika noch schlechter (die Schriftleitung)

REK

Zeitgeschehen

DIE NOTBREMSE

- Zum Verbotsantrag der Bundesregierung gegen die NPD -

hh

Das - vorläufige - Scheitern des Verfahrens vor dem Bundesverfassungsgericht trägt einige karnevalistische Züge:

Ebenso, wie die fortlaufende Enttarnung von Verfassungsschutzspitzeln in der NPD



den Gedanken nahelegt, die Bundesrepublik unterhalte und führe die von ihr bekämpfte Partei, um stets einen Buhmann gegen „rechts“ zur Hand zu haben, ist auch

Fortsetzung auf Seite 9

denkbar, daß sich die NPD mit Bedacht Spitzel bis in die höchsten Ränge holt, um - wie geschehen - im Gefahrenfall den schwarzen Peter abgeben zu können.

Doch Spaß beiseite: zu viele grundehrliche und tapfere Menschen opfern in dieser Partei Zeit, Geld und gelegentlich ihre Freiheit und Gesundheit für Deutschland, als daß man sich über sie lustig machen sollte.

Die vorläufige Aussetzung des Verbotsverfahrens in Karlsruhe, weil ein Hauptbelastungszeuge, nämlich Wolfgang Frenz, langjähriger Vorsitzender des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen und bis 1998 Mitglied des Bundesvorstandes der NPD als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes für eine Aussage vor Gericht zunächst einmal die Genehmigung des Innenministeriums einholen sollte, ist im Grunde ein erschreckender Vorfall.

Nach rechtsstaatlichen Maßstäben müßte das BVG nun im Zweifel erkennen, daß die oberste Sicherheitsbehörde der BRD (als Bestandteil eines Verfassungsorgans) als verfassungsfeindlich zu verbieten sei. Dies wird sie aber als Bestandteil des gleichen politischen Gefüges sicher nicht tun.

Doch darum geht es letztlich nicht.

So peinlich dieser Vorgang für die Antragsteller auch ist, es geht um mehr:

Rechtsanwalt Horst Mahler scheint es gelungen zu sein, die Sach- und Rechtsfrage auf den Punkt zu bringen, wo das Bundesverfassungsgericht erkennen muß, ob es Unrecht ist, sich für nationale Belange einzusetzen oder vielmehr ein Unrecht, diesen Einsatz zu bekämpfen.

Da das Letztere die BRD auf allen Ebenen tut, bleibt dem Gericht nur die Wahl, die BRD zu verurteilen oder sich selbst als unabhängiges Gericht von Verfassungsrang ad absurdum zu führen - was selbst Frau Limbach nicht auf sich nehmen will.

Da der der Verbotsantrag der BRD gegen die NPD wesentlich in dem Vorwurf deren Nähe zur NSDAP gründet, gerät das Gericht in „Gefahr“, folgerichtig und unfreiwillig im Falle einer Bestätigung der NPD auch die NSDAP in entscheidenden Punkten, etwa, wo es um nationale Belange geht, aus der Hetze der „Vergangenheitsbewältigung“ nehmen - und damit als rechtens betätigen zu müssen.

Die Nähe zur NSDAP soll, fragt der Bürgerrechtler und ehemalige Volkskammerabgeordnete Hans-Peter Thietz zu recht, ein Argument sein? Dann wäre jeder verantwortungsbewußt denkende Bundeskanzler bereits ein „Nazi“ allein schon wegen seines Vorhabens, die Arbeitslosigkeit zu senken - denn das war damals, nach 1933, das Hauptanliegen.

Das Höchstgericht hat die Gefahr offensichtlich erkannt und am 22. Januar die Notbremse gezogen.

Wie die Dinge liegen, wird das Verfahren nach einigem Hin- und Hergeplänkel eingestellt werden.

Hat sich die Bundesregierung damit eines Werkzeugs begeben, das möglicherweise eigens geschaffen wurde, um gegen alle national denkenden Bürger vorgehen zu können?

Betr.: »Beurteilung des „Süssmuth-Berichtes“ der unabhängigen (?) Kommission

Zuwanderung (oder der Fahrplan für die Reise in den deutschen Volkstod)

von Jan Hus

Kurzfassung: Der „Süssmuth-Bericht“ enthält nicht einen einzigen Hinweis auf die Rechte des Deutschen Volkes. Wir sind für diese „Ministerin“ die „BEVÖLKERUNG“ oder die „AUFNAHMEGESELLSCHAFT“ Hinter diesem „Volksmord-Pro-

gramm“ Steht eine menschenverachtende Philosophie. Die Bundesregierung und die Kommission belügen und betrügen unser deutsches Volk mit der Behauptung, daß nur Fremde unseren Wohlstand sichern können. Doch die gesamten Fremdlasten, die im rasanten Tempo explodieren, betragen bereits im Dez. 1993 348 Milliarden DM oder 75% (!) des Bundeshaushaltes.

Eine Neuberechnung wäre ein Schock für alle Steuerzahler, denn wir arbeiten nur noch für diese wuchernden Krebsgeschwüre am Volkskörper.

Durch die „Gutmenschen“-Verirrung sind uns alle Fremden willkommen, nicht aber die Deutschen. Eine Sprachbarriere und Aufnahmeverweigerung für Rußlanddeutsche, aber kostenlose Deutschkurse für Juden aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion, sogar vor Ort in deren Herkunftsländern. Natürlich, wenn ein Herr Paul Spiegel vom JZ in der Zuwanderungskommission ist Die angestammte Kultur der Freunde wird geschützt und gefördert, die der Deutschen zerstört. Die verblödeten Deutschen sollen sich gefälligst in die Fremden integrieren -

Der bürokratische Wasserkopf soll weiter aufquellen durch ein neues „Bundesamt für Zuwanderung und Integration (BZI)“ Angegliedert wird auch ein „Bundesforschungsamt für Migration und Integration“ (!!).

Ich zitiere den verbrecherischen Satz der Kommission: „Von der ethnisch und abstammungsdefinierten Nation zu einer durch gemeinsame Werte definierten Staatsbürgergemeinschaft muß der Weg gegangen werden.“

Das wahre Programm unserer Regierung ist also die „Umvolkung“ und allmähliche Ausrottung des Deutschen Volkes. Der PROVOKATOR bezichtigt daher die Verantwortlichen nach § 227 a StGB des Hochverrats an allen deutschen Menschen, und zwar in übelster Weise. Unsere Multikulti-Staatsgemeinschaft ist jener berüch-

Zweierlei Recht gegen verschenkte Hoheitsrechte?

Am 27. Oktober 2000 meldeten die Medien „Die Bundesregierung hat heute mit großer Mehrheit eine Änderung des Grundgesetzes beschlossen.“

Künftig können Deutsche an Staaten der EU und an einen „internationalen Gerichtshof“ ausgeliefert werden“. Am 7. Dezember 2001 nahm der US-Senat in erster Lesung ein Gesetz an (American Service Members Protection Act), das der US-Regierung erlaubt, Maßnahmen einschließlich eines Überfalls (Invasion) zu treffen, die verhindern sollen daß ein US-Bürger vor einen „internationalen Gerichtshof“ gestellt werden kann.

Recht ist unteilbar, Alles Andere hat nichts mit Recht zu tun, wohl aber mit Gewalt.

Wenn also für die USA ein „internationaler Gerichtshof“ Makulatur ist, dann gilt das auch für die Bundesrepublik

tigte ‚Orvellsche Unstaat‘, den wir hier auf deutschem Boden nicht haben wollen.

Alle diese emotionalen kulturfremden Schmarotzer sind keine ‚Bereicherung‘ und sie tragen auch nicht zu unserem Wohlstand bei, sondern im Gegenteil. Die Gewaltkriminalität ist ein importiertes Übel und die kaninchenhafte Vermehrung auf unsere Kosten und die Zwangsintegration in Kindergärten und Schulen beschleunigen den deutschen Untergang auf dramatische Weise. Es kommt mit tödlicher Sicherheit zu einem Volksaufstand oder aber zum Volksmord. Damit das Letztere eintritt, bemüht sich die Zuwanderungs-Mafia mit allen Kräften so schnell wie möglich und mit Lug und Betrug, für eine Übermacht der Fremden zu sorgen.

Fortsetzung auf Seite 10

Am Tage nach dem ‚geplanten‘ (welt)wirtschaftlichen Zusammenbruch kommt die Abrechnung, weil der in- und ausländische Mob nicht mehr mit Geldzulagen in Schach gehalten werden kann. Die Leichen werden überall herumliegen wie die Strohgarben in der Erntezeit (alte Prophezeiung). Aber den meisten der deutschen Schlaf- und Spaßgesellschaft wird die Kehle durchgeschnitten, weil ungläubige „Tiere.“ bekanntlich ausbluten müssen – „Einen schönen Gruß schon mal von den Talibans, denn was mit Gewalt bekämpft wird, das wird stark –

So, nun legt Euch man alle wieder hin und pennt ruhig weiter!

STAATSWILLKÜR – DIKTATUR

von Johannes P. Ney

Am 5. November 2001 haben zwei vom Volke überhaupt nicht gewählte Abgeordnete, Herr Otto Schily und Frau Kerstin Müller, sich über gewisse Einzelheiten eines von ihren beiden Parteien geplanten neuen Gesetzes geeinigt: Über das sogenannte „ZUWANDERUNGSGESETZ“. Die Rechtslage ist eindeutig im Grundgesetz bestimmt:

Artikel 20/2 sagt

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.“

Artikel 38/1 sagt

„Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes.“

Artikel 29/2 sagt

„Maßnahmen zur Neugliederung des Bundesgebietes ergehen durch Bundesgesetz, das der Bestätigung durch Volksentscheid bedarf.“

Das bedeutet:

Für wichtige Entscheidungen, die das ganze Volk in wesentlichen Fragen betreffen, kann das Volk zu einer Volksentscheidung aufgerufen werden.

Selbst wenn das noch eine Ermessensfrage wäre, muß das Volk in allen entscheidenden Frage umfassend und wahrheitsgemäß unterrichtet werden, bevor eine Gesetzesvorlage dem Bundestag vorgelegt wird.

Das neue ZUWANDERUNGSGESETZ ist zwar bislang ganz unbekannt, aber soviel ist sicher: Es wird entscheidend das Leben des Deutschen Volkes verändern (wenn nicht beenden). Wenn schon Gebietsverchiebungen von einem Bundesland zum anderen des Volksentscheides bedürfen, dann erst recht die offenbar geplante Ersetzung eines Teiles der Verfügungsgewalt des Deutschen Volkes über sein Land durch Fremde. Nach Eibl-Eibesfeldt ist jede Zuwanderung eine Landnahme zu Lasten der Einheimischen.

Die beiden Verhandlungsführer bei der Vorbereitung des neuen Gesetzes, Schily und Müller, sind grundgesetzwidrig in den Bundestag von ihren Parteien entsandt. Sie haben keine Vollmacht das Deutsche Volk zu vertreten, denn sie sind nicht unmittelbar vom Volke gewählt. Und selbst die, die rechtens ihre Ämter und ihren Sitz im Bundestag innehaben, sind doch rechtlich und ethisch verpflichtet, das Volk zu unterrichten, bevor sie Gesetzesvorlagen vereinbaren, es wäre denn der Artikel 20 eine leere Phrase.

Was geschah?

Der Bericht der so genannten (falsch bezeichneten) „Unabhängigen Zuwanderungs-Kommission“ wurde nicht veröffentlicht auch nicht in einer Zusammenfassung. Dort stehen auf 325 Seiten Hunderte Regelungen, deren ganze drei öffentlich erwähnt -aber nicht öffentlich erörtert wurden.

Was geschieht jetzt?

Das neue „ZUWANDERUNGSGESETZ“ ist im Kabinett (also von der Regierungskoalition) beschlossen. Das scheint im Wesentlichen auf der Grundlage des Berichts der „Unabhängigen Kommission Zuwanderung“ (des Süßmuth-Berichts) geschehen zu sein. Es dürfte jedoch noch „Zugeständnisse“ an die Grünen gegeben haben, und da die Grünen noch radikaler als die SPD die Umvolkung fordern, dürfte so der Gesetzentwurf noch nachteiliger ausgefallen sein, als es die Süßmuth-Kommission schon wollte. Jetzt soll die Gesetzesvorlage dem Bundestag zugeleitet werden. Danach

hat der Bundesrat zuzustimmen oder abzulehnen. Noch vor den Bundestagswahlen 2002 soll das Gesetz dann endgültig verkündet werden und in Kraft treten.

Und was folgt?

Wenn das Befürchtete eintritt, beginnt ab Ende 2002 die endgültige Zerstörung des Deutschen Volkes. Sie wird in wenigen Jahrzehnten erledigt sein.

WAS TUT MAN UNS AN?

Hier hat sich die dem Deutschen Volke feindlich gesonnene Regierung trotz klarer Warnungen von Recht und Anstand verabschiedet. Von der Schein-Opposition ist kein nennenswerter Widerstand zu erwarten. Das Verbrechen wird vollstreckt, wenn nicht noch ein Wunder geschieht. Hier wird hinter dem Rücken des Volkes (das vorsätzlich in Unkenntnis gehalten wird) der Völkermord an einem der großen Kulturvölker vollzogen, und zwar von seiner angeblich rechtens gewählten Staatsführung. Zu den weltgeschichtlich bedeutendsten Untaten, wie dem **Mord an weit über 100 Millionen Neger** beim Sklavenfang und der Ausrottung der nordamerikanischen Indianer, kommt damit eine neue gigantische Untat. Neu ist dabei, daß Menschen aus dem eigenen Volk sie tun.

Diesem Völkermord geben seine Täter den Anstrich einer „humanitären“ Handlung, indem sie das Volk mit ihrem sogenannten „Integrations-Programm“ ruhigstellen, also es dreist belügen. Noch nie in der Weltgeschichte haben sich Völker ineinander „integriert“, wohl aber haben Völker sich gegenseitig ausgerottet. Die „deutsche“ Staatsführung bedient sich für ihren Völkermord fremder Menschen als ihr Werkzeug. Der Täter aber ist diese Staatsführung selbst.

Hans Herbert von Arnim
in:

Staat Ohne Diener

Das Grundübel unserer Demokratie liegt darin, dass sie keine ist. Das Volk, der nominelle Herr und Souverän, hat in Wahrheit nichts zu sagen.

Glosse

Supergau für das deutsche Asylrecht

von Hans-Peter Thietz
ehemaliger Abgeordneter der letzten, freigeählten Volkskammer und des Europa-Parlamentes.

Bisher war es den USA bekanntlich nicht möglich gewesen, trotz intensiver Suche den Aufenthaltsort Bin Ladens zu ermitteln. In diesem Problem scheint nun eine übertra-

schende Wende einzutreten: Bin Laden soll es gelungen sein, mit Hilfe eines gefälschten israelischen Passes völlig unbehelligt bis nach Mitteleuropa zu gelangen, mit dem Ziel, in Deutschland nach erfolgtem Grenzübergang Asyl zu beantragen und wie viele andere Millionen auch sich künftig in Deutschland aufzuhalten.

Wesentlich für diesen Entschluß sei mit der internationalen Beschlagnahme seines Vermögens gewesen, wodurch er nun völlig mittellos geworden auf deutsche Sozialhilfe angewiesen sei, die ihm sonst wohl nirgendwo gewährt würde, wie sie bisher z.B. auch der berüchtigte „Kalif von Köln“ regelmäßig bezogen habe.

Entscheidend war jedoch der Umstand, wonach von Ausländern im Ausland verübte Straftaten nicht in den Bereich der deutschen Strafverfolgung fallen und deshalb hier weder vorgeworfen noch geahndet werden können.

Fortsetzung auf Seite 11

Dem zu erwartenden Antrag auf Auslieferung an die USA sähe er gelassen entgegen, da nach deutschem Recht dies bekanntlich dann unmöglich ist, wenn hierbei im Ausland die Todesstrafe drohe, wie es in seinem Falle eindeutig gegeben sei. So wäre er sich sicher, in Deutschland als Asylant unbehelligt und materiell abgesichert leben zu können und würde dies notfalls durch alle gerichtlichen Instanzen durchsetzen.

Die sich hieraus ergebenden ernstesten diplomatischen Probleme zwischen Deutschland und den USA seien nicht seine Sache -- aufgrund der stets betont freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern halte er es für unwahrscheinlich, daß die Bundesrepublik dadurch dann in die Reihe der Schurkenstaaten eingegliedert werde und in Gefahr laufe, so seinetwegen von den USA gleichfalls bombardiert zu werden.

Genau in dieser Weise könnte eine zukünftige Pressemeldung über uns hereinbrechen. Dieses Beispiel zeigt deutlich, daß das gegenwärtige deutsche Asylrecht dringendst einer grundsätzlichen Änderung bedarf, die sich nicht nur auf die Frage einer bloßen Begrenzung des Ausländerzustromes beschränken darf.

Wohlstand teilbar?

Der Bevölkerungswissenschaftler Prof. Herwig Birg über die Zuwanderung in einem „Welt“-Gespräch vom 02. Januar 2002:
Die Welt: wir schließen also Millionen Menschen von unserem Wohlstand aus?

Birg: es ist gar nicht anders möglich, denn Wohlstand ist nicht beliebig in der Welt aufteilbar. Dann nämlich hätte nicht jeder mehr, sondern niemand mehr etwas, weil die Gewichte so unterschiedlich sind:

Deutschland hat bis 2025 einen Sterbeüberschuß von 16 Millionen Menschen.. Indien hat jedes Jahr einen Geburtenüberschuß von ebenfalls 16 Millionen Menschen. Ende des Jahrhunderts wird es 1,8 Milliarden Inder geben.

Da gibt es nicht viel zu teilen mit den

dann noch etwa 50 Millionen Deutschen!

13./14. Februar 1945

Englands Menschheits- und Kulturverbrechen Der Mord an Dresden

„Aber die Feuerstürme über Dresden mit sechshunderttausend Flüchtlingen in seinen Mauern tobten noch unvermindert, da ließ Churchill seine Bomberbesatzungen, welche erst um neun Uhr ins Bett gekommen waren, um 15 Uhr wieder wecken. Die Besatzung der 1. Bomberflotte erhielt folgenden Befehl: Heute Nacht ist Chemnitz Ihr Ziel. Wir greifen die Flüchtlinge an, die sich, besonders nach dem Angriff auf Dresden in der letzten Nacht, dort sammeln.“

Entsprechend an die III. Bomberflotte:

„Chemnitz ist eine Stadt, etwa sechzig Kilometer westlich von Dresden und ein viel kleineres Ziel. Sie fliegen heute dorthin, um alle Flüchtlinge zu töten die aus Dresden entkommen sein mögen. Sie werden die gleichen Bombenladungen mitnehmen, und wenn der Angriff heute Nacht ebenso erfolgreich ist, wie der gestrige, werden Sie der russischen Front nicht mehr viel Besuche abstatten.“

Quelle: David Irving „Der Untergang Dresdens“, Gütersloh 1968, S. 193

Es war ein willkürlicher Vernichtungsangriff auf Geist und Gemüt der kulturellen Welt jenseits von Krieg und Schlachtenlärm; er war eine Missetat, die die Geschichte sühnen wird.

(Ludwig Bernhard: „Dresden - ein europäisches Märchen“)

Die Bilanz:

Einwohnerzahl Dresdens 1941 (lt. Neuer Brockhaus)	630.300
Flüchtlinge aus Schlesien (lt. Irving)	600.000
Identifizierte Tote	35.000
Gezählte, nicht identifizierte Tote	220.000
Total zerstörtes Stadtgebiet	14 km ²
Trümmerschutt	22 Mil. m ³
Total zerstörte Wohnungen	75.000
Total zerstörte Krankenhäuser (Dresden war Lazarettstadt), Kulturstätten und Schulen	143

Die Vernichtung millionenfacher Schätze von unwiederbringlichem Kultur und Kunstwert.

Dresden zur Zeit des Luftangriffes	1.230.300 Menschen
Identifizierte und gezählte Tote	255.000
In den Kellern der Häuser und an anderen Orten der Stadt unter unermeßlichen Qualen Umgekommene, nach zahlreichen Zeugen- und Augenzeugen-	

genberichten mindestens 200.000

Todesopfer in Dresden mindestens 455.000

Die Perfidie der Luftkriegsführung:

„Fliegt hin und verbrennt die Stadt“ Inferno gegen Dresden ausgeführt in drei Schlägen u. a. mit

Stabbrandbomben	1.000.000
Flammenstrahlbomben	4.500
Sprengbomben	1.500
Stabbrandbomben	50.000

Die Luftkriegsführung der Alliierten hatte alle Kriegsregeln gemäß völkerrechtlicher Vereinbarung außer Kraft gesetzt. Es war reiner Terror, der sich gegen die Zivilbevölkerung, gegen Frauen, Kinder und Greise richtete.. „Noch nie seit Menschengedenken waren vor allem die Freiheit von Angst und Not in einem solchen Ausmaß im geplagten Europa mißachtet worden, wie in den Jahren 1940-1945, als die alliierten Bomberflotten Millionen Menschen von Norwegen bis zu den Pyrenäen und von der Nord- und Ostsee bis zum Schwarzen Meer in Angst versetzten und eine bis dahin nicht für möglich gehaltene Not verbreiteten:

Rund zwei Millionen Menschen getötet, verwundet und vermißt, 15 Millionen obdachlos, weit über fünf Millionen zerstörte Wohnungen und über 500 Millionen m³ Trümmermenge, verursacht von fast 2,8 Millionen Tonnen Bomben, die auf Tausende europäische Städte und Ortschaften abgeworfen wurden, davon 955.000 Tonnen Bomben allein auf Deutschland abgeleert bei Nacht und Nebel von der britischen RAF.“

Quelle: Czesany: „Alliiert Bombenterror“, S. 659, Druffel-Verlag

Gegen das VERGESSEN! 13. Februar

DEUTSCHER GEDENKTAG

an die Opfer des alliierten Bombenterrors gegen die Zivilbevölkerung und die deutschen Städte, besonders D R E S D E N ,

an das größte organisierte Massenverbrechen der Vertreibung von 15 Millionen und die Ermordung von 2,5 Millionen Wehrloser, meist Frauen und Kinder, aus ihren ostdeutschen Heimatgebieten, Schlesien, Ost-Westpreußen, Pommern, Danzig und Sudetenland,

an die Millionen gefangener deutscher Soldaten, die in alliierten KZ-Lagern umkamen und der Rachejustiz nach der



Kapitulation der Wehrmacht zum Opfer fielen,

an die Landsleute, die unter dem kommunistischen Terror in den Ostblockländern litten und vernichtet wurden.

Wir fordern, daß endlich nach mehr als 50 Jahren danach auch für diese DEUTSCHEN eine würdige Gedenkstätte errichtet wird.

Herausgeber: Vorstand
FREUND-SCHAFTS -
und Hilfswerks-Ost e.V.
Postfach 1154
29543 Bad Bevensen



des

Für und wider die Verschwörungstheorie

von Alois Mitterer

Liebe Freunde!

„Seit dem 11. 9.2001 ist nichts mehr so, wie es vorher war.“ Wie oft haben wir das in den vergangenen Wochen gehört und gelesen! Tatsächlich spricht einiges dafür, daß es so ist. Ausgereifte Lehren, wie zum Beispiel jene über die Strategie der atomaren Verteidigung, über Erst- und Zweitschlag, müssen überprüft werden; denn Abfangraketen helfen nicht gegen eine Bombe, die im Fracht-Container geliefert wird. Unerwartete Zweckbündnisse tun sich auf zwischen den USA, Rußland und China, auch wenn sie als neue Fragwürdigkeiten zu sehen sind. Feste Interessenbünde, wie die Ölfreundschaft zwischen den Scheichs und den USA, sind durch die Volksstimmung gefährdet. Die USA geben heilige freiheitliche Rechtsgrundsätze preis; der Präsident hat z.B. Vollmacht, über die Militärgerichte ohne Kontrolle zu verfügen und jeden Mißliebigen dort vorführen zu lassen.

Die Entwicklung, die in diese Lage geführt hat, weckt manch alten Verdacht. Wem kam der Anschlag zupaß? War der 11.9. 2001 ein weiterer 7.12.1941, ein neues Pearl Harbor zur Täuschung Rußlands und der Welt, um in Afghanistan Fuß fassen zu können? Kann Israel den Rassismusvorwurf von Durban nun leichter überdecken; hat es jetzt mehr Luft, um die Palästinenser an die Wand zu drücken? - Die alte, angestaubte Verschwörungstheorie taucht aus der Requisitenkammer der Geschichtsdeutung wieder auf, und dies so lebhaft, daß die FAZ nicht umhin kann, dieses „Denke dran!“ zu vermerken und - selbstverständlich - lächerlich zu machen.

Das politisch korrekte Herunterspielen der Verschwörungstheorie in der FAZ mag einige - und es sind nicht die Schlechtesten unter uns - in ihrer Überzeugung vom Wirken der Hintergrundmächte zusätzlich bestärken. Zweifellos hat sich nach dem 11. September eine innere Front im vaterländischen Lager gebildet oder wieder gefechtsbereit gemacht. Das sollte abgefangen werden. Innerer Streit schwächt den geistigen Einfluß auf den gemeinsamen Feind. Über diesen besteht Einmütigkeit: es ist der Geist der „Ostküste“, der nach dem treffenden Wort von Peter Scholl-Latour die ganze Welt amerikanisieren will.

Deshalb sollte über das Für-und-Wider der Verschwörungstheorie jetzt nicht gestritten und auch nicht gelächelt werden. Es ist vielmehr ein Einvernehmen auf höherer Ebene zu suchen.

Die Gegner der Verschwörungstheorie verweisen mit Recht auf die geistige Lähmung, die sie ausüben kann. Denn das unheimliche Bild einer weltweiten Verschwörung könne ihren gedachten oder wirklichen Trägern eine mythische Macht verleihen; dadurch gerieten die Gläubigen leicht in die Sackgasse eines Ohnmachtgefühls. Wer sich von dem Bild der 300 Rathenau'schen Weltlenker nicht schrecken läßt, kommt dennoch zu keinem anderen Schluß als jener, der den Verdacht einer Verschwörung nicht gelten lassen will. Beiden Denkrichtungen bleiben als Waffen nur der vom Herzen getragene Mut zum Widerstand und die verstandeshelle Aufklärung. Mit diesen Waffen ist gegen die tatsächlich fortschreitende und für jeden erkennbare kulturelle Einebnung und die internationalen Machtkonzentrationen anzugehen.

Der gemeinsame Nenner von Gegnern und Anhängern der Verschwörungstheorie kann so lauten:

- o Aufklärung über das Ausmaß und die lebensbedrohende Wirkung der Dekadenz im alten Europa - ohne Beachtung vorder- und hintergründiger Verursacher.
- o Rückbesinnung auf die Seelenkräfte, die vor allem das Deutsche Volk in seiner mehrtausendjährigen Geschichte immer wieder bewiesen hat. Und darauf gründend, die Wiederbelebung des deutschen Selbstwertgefühls und des Widerstandswillens.

Es müßte gemeinsam - mit zeitgemäßem Ausdruck - das Bild der deutschen Geistesmacht wieder enthüllt werden, wie es im Kreise der Völker schon vor langem Gestalt angenommen hatte. Und es ist die Gewißheit zu festigen, daß „Das Deutsche“ zum Wohle Europas weiterhin gebraucht wird.

Das bedeutet, kurz gefaßt, ein geistig-seelisches Prinzip wiederzubeleben, das dem

herrschenden materiellen Prinzip zielbewußt entgegenzusetzen ist, dies aber ohne Personifizierung eines Feindes, ohne Interesse an etwaigen „Verschwörern“.

Das Gegenprinzip ist hinreichend bekannt. Es ist der heute überbordende Geist des materiellen Vorteils, aber auch des Dranges nach Macht über die Menschen und die Natur zum Zweck ihrer Ausbeutung - ein sehr schlichtes geistiges Prinzip also, wenngleich raffiniert getarnt. Dieser Geist ist heute durchschaut, auch wenn er mit mehr Intelligenz auftritt als in vorchristlichen Epochen. Er versteckte sich in vergangener Zeit hinter der „Religion der Liebe“, später hinter dem Ruf „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!“ usw. Scheinheilig gibt er sich seit 2000 Jahren in wechselnden Erscheinungsformen als auserwählt, alleinseligmachend, christianisierend, demokratisierend und menschenbrüderlich aus. Doch in jeder Verkleidung mordete er Millionen hin. Ein Kennzeichen ist auch der Wille zum Ausgriff auf den ganzen jeweils bekannten Erdkreis; die heute angestrebte Weltherrschaft unseres Gegenprinzips nennt der eingeebnete Zeitgeist folgerichtig „Globalisierung“. Der Globalisierungsprozeß verläuft unblutig, ohne Scheiterhaufen, ohne Gulag; aber nötigenfalls gibt es „Opiumkriege“, wie jetzt in Afghanistan oder die Auslöschung von „Schurken“ als „friedenssichernde Maßnahme“, wie ebenfalls jetzt in Afghanistan und bald (?) in dessen Nachbarschaft.

Die bestehenden souveränen Staaten werden nicht zerstört, sondern entkernt, das heißt ihrer Souveränität schrittweise entkleidet. Künstlich geschaffene Vielvölkerstaaten - aus der Kolonialzeit oder aus Versailles hervorgegangen - werden sorgsam erhalten; denn sie begünstigen das Hauptanliegen der Globalisierung, die Zerstörung der Völker. Das Endergebnis soll dem der Christianisierung von Mexiko gleichkommen: Seelentod der Völker! Zerstörung jeder Eigenart von Sitten und Gebräuchen bis hinunter zum persönlichen Stil! Türme aus Beton und Glas und Elendsgürtel für die Städte, Blue Jeans und Mac Donald's für die Masse Mensch! Als bunte Flitter ein wenig Folklore, sinnentleert, aber umsatzfördernd, wie die USA es schon vorführen. Soll so auch das Ende für das Deutsche Volk aussehen?

Welch verheerende Stürme sind über Deutschland in seiner Geschichte schon hinweggegangen! Wieviel Ausplünderung, Ausblutung und Zerstörung in heuchlerischer Verfolgung gottgefälliger oder humanitärer Ziele hatten Volk und Land schon zu erdulden! Der Dichter Gustav Freytag spricht von diesen ideologischen Wellen und ihren Folgen in seinem Werk

„Der Weg unseres Volkes“. Auf sechs Millionen Menschen, wenig mehr als ein Drittel seines Bestandes, war unser Volk durch den Dreißigjährigen Krieg geschrumpft. Wie viele der aufrechtsten Männer und Frauen waren vorher und nachher Opfer der Christianisierung, der Ketzer- und Hexenverfolgung geworden! Gustav Frenssen erinnert seine Deutschen daran, daß die geistigen Überfremdungsversuche von mehr als tausend Jahren trotz der gewaltigen Blutverluste allesamt gescheitert sind - soweit er sie bis zum Abschluß seines Buches 1935 aufzählen konnte. Gustav Frenssen ist am 11.4.1945 gestorben; er hat den in geistig-seelischer Wirkung wohl schlimmsten Angriff auf „Das Deutsche“ nicht mehr erlebt. Jedoch hat er - als einer unter vielen - die Bekräftigung hinter-

Fortsetzung auf Seite 13

lassen, daß Geist und Haltung mehr bedeuten und bewirken als Masse. Also ist es der

Auftrag der Wenigen, dafür einzustehen, daß sich das deutsche Erbe in den Notzeiten auf einen Kern zurückziehen kann. Von da aus muß die deutsche Geistes- und Seelenhaltung sich weitervererben und ausbreiten, damit sie die Lebensart des Volkes in besseren Tagen wieder prägen kann.

Die Menschheit erlebt in unserer Zeit zweifellos ein entscheidendes geistiges Ringen. Den Ausgang bestimmt nicht die Lautstärke noch die physische Gewalt. Die gegeneinanderstehenden Geisteshaltungen kennen sich und müssen nicht täglich laut benannt werden. Noch weniger ist es nötig, sie mit Personen und Menschengruppen in eins zu setzen. Aber die wenigen Deutschen, die es noch sein wollen, haben guten Grund, auf den naturgewiesenen Weg und den langen Atem ihrer Geschichte zu vertrauen. Sie dürfen und müssen ihre Geisteshaltung der herrschenden entgegenstellen. Heiter und gelassen soll jeder dastehen in seinem Alltag und die Richtung weisen wie ein Leuchtturm - vor allem dann, wenn der Sturm losbricht, den der Geist der „Ostküste“ in manischer Selbstsucht - blindlings oder bewußt - entfachen will. Nachher wird wieder nichts mehr so sein, wie es vorher war. Dann aber steht hoffentlich Deutschland in der Sonne des Schicksals.

Gute Wünsche! *A. Minsu*

Bekenntnis zum Deutschen Volk

DSG

Das Deutsche Volk ist in seinem biologisch-ethnischen Bestand und seiner kulturellen Identität auf das schwerste be-

droht. Dieser Bedrohung entschieden entgegenzutreten gehört zur Verantwortung jedes Deutschen. Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland geht von der nicht veränderbaren Festlegung eines Deutschen Volkes aus. Dementsprechend stellt das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 21. Oktober 1987 bindend fest: „Aus dem Wahrungsgebot folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten.“

1. Das Bekenntnis zur Erhaltung und Identität des Deutschen Volkes als ethnischer, kultureller und seelisch-geistiger Einheit und Gemeinschaft ist demnach grundgesetzliche Verpflichtung aller Deutschen und insbesondere aller Staatsorgane sowie der sie tragenden politischen und wirtschaftlichen Kräfte.
2. Trotz rechtzeitiger Warnung durch Bevölkerungswissenschaftler unterblieb seit über dreißig Jahren eine das Deutsche Volk sichermachende Bevölkerungspolitik.
3. Der Versuch, mit einer weiteren Einwanderung von Menschen aus völlig fremden Kulturkreisen die fehlenden Deutschen zu ersetzen, ist keine Lösung. Im Gegenteil: Eine solche Einwanderung beschleunigt die Auflösung des Deutschen Volkes und ist daher abzulehnen.
4. Diese gefährliche Bedrohung erfordert eine sofortige Wende in der Bevölkerungs- und Gesellschaftspolitik, in der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialpolitik und in den geistigen Grundlagen des Bildungssystems. Eine die Substanz erhaltende und die Zukunft des Deutschen Volkes sichernde politische Ordnung muß Vorrang vor allen anderen politischen Zielen erhalten. Nur große Anstrengungen und Opfer der gesamten Nation können die Folgen einer verfehlten Politik in der Vergangenheit noch abmildern und den Bestand des Deutschen Volkes auch in Zukunft gewährleisten.
5. Der Bestand des Deutschen Volkes kann nur durch das Bekenntnis zum Leben und seiner Weitergabe gesichert werden. Dafür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen ist daher Aufgabe aller Institutionen in Staat und Gesellschaft, insbesondere des Bildungswesens.
 - a. Die Wiederherstellung gesunder Familienstrukturen ist eine unabdingbare Voraussetzung. Die unveränderbare Bestimmung des Grundgesetzes, wonach die „Ehe und Familie ... unter den besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“ zu stellen sind, erlaubt keine Aufweichung zu Gunsten lebenswidriger Gemeinschaften.
 - b. Die unheilvolle Benachteiligung der Kinderfamilie in einer nur auf Genuß

eingestellten Umwelt und die unverantwortliche Bevorzugung von Kinderlosigkeit durch eine die Familien belastende Steuer-, Sozial- und Renten Gesetzgebung müssen aufgehoben werden. Familie und Kinder bedürfen der bevorzugten Förderung. Die Stellung der Hausfrau und Mutter bedarf einer höheren Wertschätzung in der Öffentlichkeit und einer stärkeren staatlichen Förderung. Der Zusammenhang zwischen eigenen Kindern und sozialer Sicherung im Alter muß den Menschen wieder bewußt gemacht werden.

- c. Die inhumane, unwürdige und für unser Volk selbstzerstörerische, aber vorerst noch staatlich gebilligte und politisch geförderte Tötung ungeborener gesunder Kinder muß verhindert werden. Die im Gegensatz hierzu geführte Diskussion über die Lebenswissenschaften (Embryonen und Genfragen) verkennt den Anspruch der Lebenden auf wissenschaftlichen Fortschritt in Biologie und Medizin.
6. Das am dichtesten besiedelte Deutschland darf aus ökologischen, wirtschaftlichen und kulturellen Gründen kein Einwanderungsland sein. Insbesondere die Einwanderung von außerhalb der EU-Länder ist zu verhindern. Zuwanderung von Fachkräften und Asylgewährung wegen politischer Verfolgung sind auf klar definierte Fälle zu begrenzen.

Die Unterzeichner gehen von der Überzeugung aus, daß diese Forderungen ein allgemeines Rechtsgefühl und Rechtsbewußtsein einer staatlichen Ordnung zum Schutze des eigenen Volkes begründen und deshalb Vorrang vor allen anderen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zielsetzungen haben.

Deutschland, im September 2001

Dr. Felix Buck Dr. Albrecht Jebens Dr. Rolf Kosiek Dr. Uwe Rheingans Konteradmiral a. D. Günter Poser Dr. Edmund Sawall Dr. Walter Staffa

ES ES

Glosse

Die Einschränkung der Pressefreiheit soll in der Presse weiter getrieben werden. Bis her waren schon viele Ausdrücke tabu und sollten als ausländerfeindlich auszuliegende Bezeichnungen nicht verwendet werden. Eine Wiener Zeitung brachte ein neues Beispiel: »Das >Deutsche Zentrum für Antirassismusarbeit< in Düsseldorf hat für die Medien zur Politischen Korrektheit folgende Richtlinien erlassen: Verboten sind ab sofort Ausdrücke wie Negerküsse, Mohr, Asylantenflut, Gastarbeiter, Ausländer, Mischling, getürkt, jüdische Hast, Jundenschule, Überfremdung Asylbetrug, Zigeuner, Rassenunruhen, Eingeborene, Far-



biger, Südländer, Balkanese.« (Kronenzeitung 16. 6. 01)

///

Pflichtheft der Deutschen

Deutsches Kolleg, 12. November 2001

von Horst Mahler

1. Glaube an dein Volk und du glaubst wahrhaft an dich selbst.
2. Liebe dein Volk und du wirst wahrhaft geliebt.
3. Verlauche die Lügen der Sieger und erforsche die Wahrheit im Vertrauen auf dein Volk!
4. Verachte die Diener der Lüge, denn sie säen Haß und bringen Zerstörung über die Völker!

Fortsetzung auf Seite 14

5. Führe die an der Lüge Erblindeten, damit sie nicht straucheln! Heile ihre verletzten Seelen! Ertrage geduldig ihren Haß, denn sie sind Opfer der feindlichen Lügenpropaganda. Sie sind unsere Brüder und Schwestern. Pflege sie, wie ein gesittetes Volk seine verwundeten Krieger pflegt!
6. Wisse, daß nichts stärker ist als der Geist und fürchte dich nicht vor den Tötungsmaschinen unseres Feindes, denn sie sind wertloser Schrott, wenn der Geist sich von ihm abwendet!
7. Wisse, daß unserem Volk die Wissenschaft als Wissen vom Absoluten Geist gegeben ist! Aus diesem Wissen erwächst unserem Volk die Kraft zur Überwindung der Anti-Nation, die weltweit die Völker versklavt und ausmordet.
8. Wisse, daß Haß die Wahrheit verdunkelt und die Gerechtigkeit schmäh! Wer sich von Haß leiten läßt, streitet nicht für die Wahrheit und nicht für Gerechtigkeit. Er wird zum Racheengel - wie unser Feind.
9. Wisse, daß allein durch den Feind unsere wahrhafte Größe erscheint, die die Welt befreit. Also verfluche nicht den Feind, sondern schließe ihn in deine Gebete ein, auf daß er des Wissens vom Absoluten Geist teilhaftig werde.

Gib der Wahrheit deine Stimme, wo immer

„Wer Unrecht duldet, ohne sich dagegen zu wehren, macht sich mitschuldig.“

Mahatma Gandhi (1869 - 1948)

Die Zerstörung des Weltfinanzsystems

mer du bist! Die Wahrheit siegt, indem wir sie unerschrocken aussprechen!



Privatmann Horst Mahler in Berlin-Kleinmachnow: „Heimat als Grundkonstante unseres Seins!“

///

von Dieter Ludwig

Über Jahrzehnte hinweg hat die Spekulation die Aktienkurse in ungeahnte Höhen getrieben, so daß 99,5% der aller Kredite in die Finanzierung von Derivaten gingen. Für die Realwirtschaft blieben nur 0,5 % aller Kredite übrig, um Investitionen zu finanzieren. So konnten Banken an der Börse 20 bis 50 Kapitalrendite erreichen. Mit der Finanzierung von Projekten lassen sich nur schäbige 8 % verdienen. Im Desaster endeten die Spekulationen im New Market, mit denen Banken und Medienpropaganda den kleinen Leuten für Telekom-Aktien das Geld aus der Tasche gezogen hatten. Auf diese Weise wurden der Finanzblase aus Derivaten Multimilliarden an Spargeldern zugeführt, welche sich z. T. in Luft auflösten.

Folgen der Spekulation

Der Derivathandel (Finanzwetten) hatte einen Umfang von ca. 3 Billionen Dollar pro Tag und die Finanzblase insgesamt ein Volumen von mehreren hundert Billionen Dollar. Selbst die Euro-Zentralbank ist gegen solche Geldmengen völlig machtlos, denn wenn sie mit ihren gesamten Reserven von höchstens 100 Milliarden in den Markt gehen würde, so wäre das auch nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Seit 1995 hat die japanische Zentralbank auf amerikanischen Druck ihre Zinsen gegen Null sinken lassen. Um den Dollar und die US-

Wirtschaft vor dem Zusammenbruch schützen und die Spekulationsblase aufrechtzuerhalten, wurden die „Yen-Carry-Trade“-Spekulationsgeschäfte erfunden. Aber jetzt ist eine deflationäre Spirale aufgetreten, welche die Wirtschaft bremst und gleichzeitig sinkende Preise verursacht. Bankrotte sind vorprogrammiert. Die Banken sitzen auf Billionen US-Dollars uneinbringlicher Schulden. Wie der japanische Zentralbankchef Masaru Hayami bemerkte, stehen die USA mit ihren wirtschaftlichen Eckdaten viel schlechter da als Japan. Wenn Japan ruiniert ist, wird auch der Dollar zusammenbrechen, sagen Fachleute.

Schulden über Schulden

Argentinien hatte bisher eine an den Dollar gebundene Währung. Aber die vom IWF verlangten Einsparungen führten zu Revolten bei der Bevölkerung. Die Wirtschaft wurde abgewürgt, mit dem Ergebnis einer hohen Arbeitslosigkeit. Argentinien hat 132 Mrd. Dollar Staatsschulden. Der Staatsbankrott ist eingetreten. Hinzu kommen mehr als 230 Mrd. Dollar private Schulden. Weitere Kandidaten sind Brasilien und Mexiko. Diese Drei Länder haben zusammen ca. 900 Mrd. Dollar Schulden. Polen braucht mit 15 Mrd. Dollar pro Jahr mehr Finanzhilfen als die Türkei mit ca. 11 Mrd. Dollar. Die Schulden der BRD von mehr als 1200 Mrd. Euro sind ebenfalls an der Grenze des Erträglichen. Aber auch die Verschuldung der anderen EU-Staaten ist ähnlich hoch. Aber nicht nur Staaten haben Schulden, sondern auch Bundesländer. So sind Berlins Schulden von 40 Mrd. Euro ebenfalls beachtlich.

All diese Staaten sind Pleite und haben sich strenge Sparprogramme auferlegt.

„In der Wirtschaftsgeschichte gibt es kein Beispiel dafür, daß es mit der Devise „Den Gürtel enger schnallen“ gelungen wäre, eine Beschäftigungskrise zu überwinden. Nur durch Erschließung neuer Märkte, innovative Produkte und beschäftigungswirksame Infrastrukturprojekte läßt sich die Wirtschaft ankurbeln.“

So der frühere Bundesarbeitsminister **Herbert Ehrenberg** in einem Gastkommentar im „Handelsblatt“ v. 16. Sep. 1996

Sparprogramme führen zu Zuständen, wie sie in Rußland und Polen auftraten (verantwortlich: Geoffrey Sachs mit seiner Schocktherapie) und wie wir sie derzeit in Argentinien beobachten können. Richtig wäre ein Konkursverfahren gegen den In-

ternationalen Währungsfonds (IWF) unter Aufsicht der Nationalbanken, Schuldenerlasse, Kreditvergaben durch die Nationalbanken und gesetzliche Begrenzung der staatlichen Kreditaufnahme. Der Euro wird für wirtschaftsschwache Staaten der EU ähnliche Wirkungen haben, wie die Anbindung der argentinischen Währung an den US-Dollar und damit EU-Transferzahlungen auslösen, die natürlich hauptsächlich das tributpflichtige deutsche Volk zu bezahlen hat, welches sich eine Last von 56% Abgaben plus Steuern ohne großes Murren gefallen läßt.

Der Paukenschlag

Viele Merkwürdigkeiten während der Ereignisse des 11. Sep. 2001 müssen noch geklärt werden. An das Märchen, Osama Bin Laden hätte die Aktion aus der Berghöhle geleitet und nebenbei auch noch Milliarden erspekuliert, mag glauben, wer will. Viele Veröffentlichungen verdächtigen Geheimdienste, die Anschläge verübt zu haben. Es

Fortsetzung auf Seite 15

wäre nicht das erste Mal, daß ein Krieg so vom Zaun gebrochen wird.

Wenn man die wirtschaftlichen Auswirkungen der entsetzlichen Anschläge auf das Symbol des Globalismus und auf das Symbol des Weltimperialismus betrachten will, so stellt sich die berühmte Frage: Cui bono? (Wem nutzt es?) Dazu muß man nur die Aktien-Indices anschauen, egal, ob Dow-Jones oder DAX:

Seit Juni 2001 war ein sich stetig beschleunigender Absturz der Aktienkurse von (DAX) 6400 bis auf 3600 zu beobachten. Das Minimum trat am 21. Sep. 2001 auf, eine Woche nach den Anschlägen. Inzwischen wurden wieder Spitzen von 5300 erreicht. Michael Ruppert, Hrsg. des Newsletter „From the Wilderness“ (FTW) (www.copvicia.com), hat „klare Beweise“ für Vorauswissen der Attentate vom 11. Sep. 2001 aufgedeckt, weil eine Bank große Transaktionen mit Put-Optionen auf UAL-Aktien vorgenommen hat. Eine CIA-Größe und Ex-Mitarbeiter der Bank steht im Verdacht, die entscheidenden Infos geliefert zu haben.

Kommt der Dritte Weltkrieg?

Zu den steigenden Aktienkursen mag auch das von Präsident Bush aufgelegte Konjunkturprogramm für 150 Mrd. Dollar und die Erhöhung des „Verteidigungs“-Budgets um 132 Mrd. Dollar beigetragen haben. Verglichen mit der eingangs erwähnten Billionen-Schwemme von Zahlungsunfähigkeit, Riesenpleiten und Wirtschaftsskandalen sind ein paar Hundert Millionen Dollars auch recht wenig. Die beschleunigte Selbstauflösung des Weltfinanzsystems ist offenkundig. Die Börsen zeigen keinen weiteren Trend nach oben. Es besteht der dringende Verdacht, daß das ob der katastrophalen Entwicklungen in Panik geratene Finanzestablishment hinter Paul

Wolfowitz, Samuel Huntington, Henry Kissinger und Zbigniew Brzezinski ihren Cowboy Dabbeljuh Bush angestiftet haben, den Dritten Weltkrieg zu entzünden, sich auf ewig in Afghanistan einzunisten, möglichst alle Bodenschätze zu beanspruchen und dort Brandherde zu legen. (Irak, Iran, Somalia, Zentralafrika, Nordkorea). Allein unter dem Kaspischen Meer liegt Erdöl für 500 Jahre. Ein BRD-Kanzler, der hierzu „uneingeschränkte Solidarität“ anbietet, scheint nicht zu wissen, warum es geht.

Was bringt die Zukunft?

Ganz Südamerika, mehrere Ex-Ostblockstaaten und Japan sind pleite. Japan wird von einer Deflation und Hyperinflation Weimarer Musters heimgesucht werden. Die USA und Deutschland befinden sich in der Rezession. Der im Vorjahr noch gut laufende Automobilverkauf in der BRD geht zurück. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist wegen der Brüning-Politik Schröders vorprogrammiert, insbesondere, weil Schröder sich nicht traut oder aus ideologischer Feindschaft gegen Deutschland ablehnt, die Ausgaben für die anti-deutsche und rassistische Ausländerpolitik zu kürzen. Die Importe der USA gehen drastisch zurück, ebenso wie die Käufe von US-Wertpapieren. Beides könnte zum kollabieren des Dollars führen und das Weltfinanzsystem zerstören, wenn dieser Trend nicht schnellstens umgekehrt wird. Für Deutsche wird es höchste Zeit darüber nachzudenken, was nach solch einer Katastrophe in Deutschland geschehen muß!



2002 - Das Jahr der Antworten

Geld regiert die Welt! Aber, wer regiert dann das Geld?

von Klaus Weichhaus

Wenn wir diese Frage beantworten können, dann gibt es auch auf diese totgeschwiegenen Ereignisse Antworten

1.) **Warum die DEUTSCHE BANK**, allein durch die „Rechtsnachfolge“ an der DDR-Staatsbank, über Nacht einen Gewinn von 400 Milliarden (400.000 Millionen) DM gemacht hat (möglicherweise ein eindeutiger Straftatbestand „Altlasten – Betrug“). Die Forderungen der DDR-Staatsbank gegenüber den DDR-Staatsbetrieben wurden der DEUTSCHEN BANK zugeschlagen. Die Rückzahlung der „Verbindlichkeiten“ denn deutschen Steuerzahler. In den 400 Milliarden DM ist ein unbekanntes Volumen von Immobilienvermögen noch nicht einmal enthalten. Die Sache ist durch kein Parlament gegangen – wurde von keinem Politiker öffentlich diskutiert!

2.) **Warum Alfred Herrhausen** drei Tage vor seiner >Hinrichtung< einem Journalisten der Frankfurter Rundschau offenbarte: „Was ist die Deutsche Bank denn anderes, als die deutsche Interessenvertretung der Familie R.....“

Eine Familie R..... othschild (?) hatte – einfach und so ganz nebenbei – dem Englischen Königreich den Bau des Suezkanals finanziert. Ein Mitglied dieser weltweit reichsten, jüdischen Bankiersfamilie, Meyer Amschel Rothschild (1743 – 1812), prägte diesen bedeutungsvollen Satz: „*Gibt mir die Kontrolle über die Währung einer Nation, dann ist es für mich gleichgültig, wer die Gesetze macht*“ In der jüngeren Vergangenheit haben die Rothschilds dem Staat Israel für ca. 600 Mio. DM den israelischen Bundesgerichtshof gebaut und geschenkt.

2a.) **Warum sich Alfred Herrhausen** 14 Tage vor seinem Tod weigerte, in den USA per Helikopter zu einem „wichtigem“ Gespräch geflogen zu werden – statt zurück zu seiner Frau. Er entzog sich dieser Einladung mit den Worten:

2. Nein danke, hier ist die Luft zu bleihaltig, ich möchte meine Frau noch einmal wiedersehen.“ (Quelle: das RAF – Phantom).

2b.) **Warum dieser wirkliche Vorzeigemanager** Stunden vor seinem Tod zu seiner Frau sagte: „Ich weiß nicht, ob ich das überlebe!“

3.) **Wie es möglich wurde, daß diese deutsche Vermögen:**

Dresden: Straßenbahnwagen und Kläranlage, 480 Millionen Dollar; **Düsseldorf:** Abwasseranlagen, eine Milliarde Dollar; **Essen:** Messehallen, 300 Millionen Dollar; **Lutherstadt Wittenberg:** Kläranlage, 200 Millionen Dollar; **Wuppertal:** Müllverbrennungsanlage, 300 Millionen Dollar; Hausmüllzentrale Nordholland: Müllverbrennungsanlage, 260 Millionen Dollar sowie die **Züricher Straßenbahnen**, 120 Millionen Dollar, eigentlich und rechtsverbindlich US-Banken und damit letztendlich den USA gehören.

Hintergrundbericht: www.deutschlandluegen.de, Hauptauswahl, Nr. 53 **„Die Schuldenfalle“** hat seit langem insbesondere die Kommunen erreicht; dargestellt an der Stadt Köln“

4.) **Ob John F. Kennedy** wirklich nur deswegen ermordet wurde, weil er als US-Präsident die Macht der privaten Federal Reserve-Bank unterminieren und zerstören wollte. Denn er hatte erkannt, daß die Vereinigten Staaten in die Abhängigkeit einer internationalen Hochfinanzmacht geraten waren, die das Land beherrschte und finanziell ausbeutete. Am 4. Juni 1963 unterschrieb deshalb Kennedy ein präsidentielles Dokument (Executive Order Nr. 11110), mit dem er ein früheres Dokument

(Executive Order Nr. 10289) außer Kraft setzte. Dieser präsidentielle Beschluß erlaubte es dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, die Herstellung von Banknoten wieder in die Gewalt des Staates zu bringen und Geld zu drucken, das dem Volk ohne Zinsen und Schuldenlast zugute kam. Kongreßdokumente bezeugen, daß Kennedy Bargeld im Werte von 4.292.893.825,00 US-Dollar drucken ließ, das in Umlauf gebracht wurde. Wenige Tage später war er tot.

5.) Ob diese nachfolgende Frage von Hans-Peter Thietz, ehem. Abgeordneter in der letzten Volkskammer und des Europaparlaments, berechtigt ist: Bundesrepublik Deutschland: Souveräner Staat oder noch immer mit Besatzungsrecht?

Der gesamte Aufsatz zu lesen in: „DER PREUSSE“ 1/2002

Nullwachstum erwartet

Dpa - Der deutschen Wirtschaft droht nach Ansicht des Chefökonomens der Deutschen

Fortsetzung auf Seite 16

Bank, Prof. Norbert Walter, ein noch stärkerer konjunktureller Rückgang als bisher angenommen. Walter sagte der „Saarbrücker Zeitung“, er rechne für 2002 mit einem Null-Wachstum. Man werde im ersten Quartal „tiefer runter kommen“ als derzeit noch alle glaubten.

Eine Million Entlassungen

US-Firmen haben in diesem Jahr in Folge der Rezession eine Million Beschäftigte entlassen, so viele wie noch nie seit mehr als 10 Jahren.

Russlands Außenhandel geht zurück

Die Außenhandelsbilanz der russischen Volkswirtschaft wird im ablaufenden Jahr 19,7 Milliarden Mark weniger aufweisen, als im Jahr davor.

Bild Zeitung: 28. 12. 2001

Verschuldeter Osten

Im Osten unseres Landes verschulden sich immer mehr Menschen. Allein in Sachsen-Anhalt stieg in den vergangenen zehn Jahren der Anteil verschuldeten Haushalte von 29 auf 80 Prozent (Diakonisches Werk).

300 Verfahren gegen korrupte Berliner Beamte

Im Jahr 2001 nahm die Staatsanwaltschaft 300 Ermittlungsverfahren wegen Bestechlichkeit und Bestechung auf - 14 % mehr

Wiener Kronenzeitung: (1998)

In den Wind gereimt

Die Unke hat zum Euro eben mir Information gegeben.

Die Alte sprach: Drauf nehm ich Gift was Wert und Wechselkurs betrifft wird Preise man nach oben runden, doch Löhne allgemein nach unten. Auch sagte sie mit schiefem Grinsen: Beim Sparen sinken Deine Zinsen, doch steigen jene der Kredite, wie es bei Banken Brauch und Sitte. Ich jagte drauf die Unke fort. Natürlich glaub' ich ihr kein Wort.

als 1944. Dazu kommen 500 offene Verfahren. Ex-Chef des Bundeskriminalamtes, Hans-Ludwig Zacher, sieht einen „Sumpf von Vergünstigungen und Rechtsbrüchen.“ Besonders korrupt ist der Baubereich. Der Schaden liegt allein in Berlin im dreistellig Millionenbereich, so Clous-Peter Wulf, Chef der Berliner Zentralstelle Korruptionsbekämpfung.

Letzte Meldungen:

Die Geldmenge steigt weltweit steil an.

Die Federal Reserve Bank in den USA druckt monatlich zusätzlich 1.000 Millionen US-Dollar.

Wir erinnern uns an die letzte Währungsreform vor etwas über 50 Jahren: Das Geld war nichts mehr wert. Geld wurde in großen Mengen gedruckt. Fazit: Es war zuviel Geld im Umlauf, im Verhältnis zum Sozialprodukt. Die Reichsmark wurde getötet. Das gesamte Geldvermögen wurde einfach gelöscht. Gemeinsam mit den Schulden.

Die Deutsche Mark wurde geboren. Das mörderische, von Anfang an zum Scheitern verurteilte Spiel der Superreichen und Geldverleiher begann wieder von vorne.

~ ~ ~

Presseerklärung 03/01/17.1.2001: juristische Feststellung

Recht hat er!

Günther Nenning: „Wer Leben für weniger wichtig hält als den Markt, ist ein gefährlicher Idiot.“

zur Legalität des EURO

Hans-Peter Thietz

Bürgerrechtler und ehemaliger Abgeordneter der letzten, freigewählten Volkskammer und des Europa Parlamentes

Nach Art.20 (2) geht bekanntlich alle Staatsgewalt vom Volke aus. Damit ist das deutsche Volk der Souverän und sein Wille bestimmt die Politik. Daran ändert auch nichts die folgende Feststellung, dass sie vom Volke durch besondere institutionelle Organe ausgeübt wird. Wenn diese als Vertreter des Volkes zu handeln haben, ist für sie der Wille des Volkes als Souverän somit zwingend.

Nach Art.1 (3) binden die im GG enthaltenen Grundrechte Gesetzgebung vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Die Eliminierung der DM als deutsche Währung und ihr Austausch gegen den EURO wurde, nachgewiesen an zahlreichen Umfragen, mit beständiger und klarer Mehrheit durch etwa 2/3 der Bürger abgelehnt, so auch von mir.

Damit wurde diese Entscheidung nachweislich und eindeutig gegen den Willen des Volkes als Souverän getroffen. Die Aufgabe der DM und Einführung eines internationalen EURO verstößt damit gegen das Grundrecht 20 (2) GG und ist in Verbindung mit 1 (3) somit verfassungswidrig.

Verfassungswidrige Entscheidungen und Maßnahmen sind jedoch nichtig, **Damit ist die Einführung des EURO nichtig und die DM hat weiterhin als einzig legale deutsche Währung fortzugelten.**

Gegen eine einschränkende parallele institutionalisierung des EURO als eine internationale Zweitwährung, jedoch neben den weiterbestehenden nationalen Währungen, dürften keine rechtlichen Bedenken bestehen und auch eine Zustimmung vom deutschen Volke als Souverän gegeben sein.

Die Regierung ist deshalb ausgerufen, die grundgesetzlichen Rechte des Volkes zu respektieren und die DM, durch die Bundesbank weiterzuführend, neben dem EURO fortgelten zu lassen.

Umwelt



Eine Weltanschauung der Fülle

Dieser Aufsatz aus der Feder der Inderin Vandana Shiva ist eine Botschaft von ungeheurer Bedeutung. Es geht nicht darum, daß etwa der Genuß genmanipulierter Nahrungsmittel gesundheitsschädlich wäre - er ist es nicht - sondern es geht darum, die Menschheit von genmanipulierten Nahrungsmitteln abhängig zu machen, die ihrerseits chemieabhängig - und damit kreditabhängig sind, um so die Menschheit selbst manipulierbar zu machen.

Gleichzeitig ist die Schmälerung der genetischen Vielfalt der Nahrungsmittel erklärtes Ziel. Würde dieses Ziel erreicht, wäre die Menschheit insgesamt gefährdet, denn nur die Vielfalt eröffnet im Ernstfall eine Möglichkeit zum Überleben.

Vielfalt - nicht Einfalt - ist die Grundlage allen Überlebens. (Dr. med. R. Hennig)

Der Versuch multinationaler Konzerne, Saatgut immer umfassender zu patentieren und gentechnisch veränderte Pflanzen weltweit durchzusetzen, um so die Lebensmittelproduktion zu monopolisieren, ist nicht nur ökologisch gefährlich und sozial ungerecht, sondern darüber hinaus ein Diebstahl an der jahrtausendealten Entwicklungsarbeit der Bauern

und landwirtschaftlichen Kulturen auf der ganzen Welt. Die Autorin, Trägerin des alternativen Nobelpreises, ist eine der führenden Vorämpfer gegen diese verderbliche Entwicklung.

von Vandana Shiva

Im Jahre 1987 wurde ich nach Genf zu einer Tagung über Biotechnologie eingeladen. Dort waren Leute, die wie ich in der Umweltschutzarbeit, die Landwirtschaft betreffend, tätig waren, Vertreter der UNO und Vertreter der großen Samen-zucht- und Agrochemiekonzerne. Zwei Aussagen eines leitenden Angestellten der Fa. Sandoz jagten mir einen Schrecken ein. Er erwähnte, daß ein genetisch entwickeltes Bakterium im Kongo freigesetzt worden sei, um die dortige Flußblindheit zu bekämpfen. Ich fragte, ob ökologische Versuche vorangegangen seien. Darauf antwor-

Fortsetzung auf Seite 17

tete er: „Wir können es uns nicht leisten, aufzuhören, um ökologische Versuche vorzuschalten.“ Das zweite, was er sagte, war: „Am Ende des Jahrhunderts werden Gesundheit und Nahrungsmittel von fünf Konzernen beherrscht werden, und wir müssen einer dieser fünf sein, sonst gehen wir unter.“ In der dann folgenden Pressekonferenz fragte mich ein Journalist, wie ich denn überhaupt reagieren könnte, wenn ich mit solchen Mächten konfrontiert sei. Ich schloß meine Augen und überlegte kurz. Dann sagte ich: Es gab einen anderen Augenblick in der Geschichte, als 85 % der Erdoberfläche von einem einzigen Inselvolk beherrscht wurden. Ein alter Mann holte ein Spinnrad hervor, aber die Menschen fragten: Wie kann man denn damit das Britische Reich besiegen? Er sagte: Gerade weil es so klein wirkt und weil es in jedermanns Händen sein kann, ist es ein so mächtiges Mittel.

In dieser Periode der industriellen Revolution waren es die Textilien, welche kolonisiert und monopolisiert wurden. Heute werden Nahrungsmittel und die biologische Vielfalt monopolisiert und kolonisiert. Ich erkannte, daß es heute der Same ist, welcher das Bild des (notigen) Wandels in unserer Zeit ist.

Nahrungsmittel sind eine grundsätzliche Notwendigkeit, die wahre Grundlage des Lebens. Von den uns heute bekannten 250.000 bis 300.000 Pflanzenarten sind etwa 10.000 bis 50.000 essbar. 7.000 Arten werden angebaut und als Nahrung verwendet. Seit über 10.000 Jahren haben Bauern mit der Natur zusammen gearbeitet, um eine Sortenvielfalt entsprechend den Verschiedenheiten des Klimas und der Kulturen zu entwickeln. Die Bauern der Anden in Südamerika haben 3.000 Sorten von Kartoffeln entwickelt. Entsprechend wurden in China 10.000 Arten Weizen, in Papua-Neuguinea 5.000 Sorten Süßkartoffeln

angebaut. Diese enorme Vielfalt bildete die Grundlage unserer Nahrungsvorräte.

Örtliche Märkte und landschaftlich bedingte Kulturen erlaubten es dieser Vielfalt, auf unseren Feldern zu gedeihen. So hatten die Bauern weiterhin die Möglichkeit, neue Sorten zu züchten, alte Arten als Saatgut zu bergen und somit für eine Vielfalt an Nutzpflanzen zu sorgen. Der Same ist das erste Glied der Nahrungskette.

Die Bauern wählen aus einer guten Ernte das Beste als Saatgut aus, um es im nächsten Jahr auszusäen. Der freie Austausch des Saatgutes unter den Bauern ermöglicht es, die biologische Vielfalt wie auch die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung zu gewährleisten.

Indem Weltmärkte die örtlichen Märkte ersetzen und neue Rechtstitel in Zusammenhang mit dem Besitz geistiger Schöpfungen (z. B. Patentrecht) entstehen, welche durch die „World Trade Organisation“ global verbindlich gemacht werden, wird den Konzernen die Möglichkeit gegeben, das Wissen um die Saatzucht an sich zu reißen und zu ihrem privaten Besitz zu erklären. Dies führt mit der Zeit zum Monopol der Konzerne über das Saatgut insgesamt.



Eine Weltanschauung der Fülle: Die indischen Blumenkränze symbolisieren den überbordenden Reichtum der Natur, der sich in Wahrheit jedem Nutzen-Kalkül entzieht.

Hier wende ich mich besonders Indien zu, wo die Kontrolle der Konzerne über die Nahrungsmittel wie auch die Globalisierung der Landwirtschaft Millionen ihrer Existenz und ihres Rechtes auf Nahrung berauben. Ich tue dies, weil ich eine Indierin bin und weil besonders die indische Landwirtschaft Ziel dieser Weltkonzerne ist. Dieses Phänomen ist jedoch nicht allein auf Indien beschränkt. Es zeigt sich überall. Kleine Höfe und Kleinbauern werden verdrängt, Monokulturen ersetzen die Vielfalt des Anbaues, das Bauerntum wird verwandelt vom Erzeuger gesundheitsfördernder Nahrungsvielfalt in einen Markt für gen-

technisch erzeugtes Saatgut, für Herbizide und Pestizide.

Patentierter Reis

In Indien wird der Reis gleichgesetzt mit „Prana“, was „Lebensatem“ bedeutet. Bevor die Grüne Revolution in den sechziger Jahren Monokulturen einführte, hatten indische Bauern 20.000 Sorten Reis entwickelt. Diese bodenständigen Reisarten wurden entwickelt, um sowohl Überschwemmungen standzuhalten als auch Dürreperioden, um im Hochland zu gedeihen oder im Küstenbereich. Sie wurden geschmacklich verbessert und für medizinische Zwecke einsatzfähig gemacht. Die Bauern züchteten roten, braunen und schwarzen Reis. Sie bauten einen Reis an, der in den Flutgewässern des Ganges sechs Meter hoch wuchs, züchteten aber auch einen Salzwasser tolerierenden Reis für die Gegend der Meeresküste.

Basmati-Reis wird seit Jahrhunderten angebaut. Er wird bereits in alten Schriften, Sagen und Dichtungen erwähnt. Diese von Natur aus aromatische Reissorte war immer beliebt und begehrt bei Ausländern. Jahrelange Entwicklung durch Bauern aus Indien und Pakistan führte zu einer Vielfalt von Basmati-Sorten. Heute werden 27 eigenständige Arten von Basmati, die wissenschaftlich dokumentiert sind, in Indien angebaut. Ihre hervorragenden Eigenschaften sind der Erfolg der Zuchtbemühungen, welche diese Bauern rein privat, nur unter sich, durchgeführt haben. Und diese Forschungen und Entwicklungen gehen weiter. Die mit der Zucht befassten Bauern sind bemüht, das bodenständige Saatgut in seiner Vielfalt zu erhalten und neue, bessere Sorten daraus zu züchten. Seit ein paar Jahren ist der Basmati-Reis der am raschesten wachsende Export Indiens. Jährlich exportiert das Land zwischen 400.000 und 500.000 Tonnen Basmati. Mit 850 Dollar pro Tonne ist der indische Basmati-Reis der teuerste Reis, den die EU importiert.

1997 hat das U.S. Patentamt der in Texas ansässigen Firma Rice Tec das „Inc. Patent Nr. 5663484“ über Basmati-Reissorten und Saatgut ausgestellt. Dieses Patent ermöglicht der Firma den Verkauf von Basmati einer neuen Sorte, wie Rice Tec behauptet, am internationalen Markt. Die patentierte Basmati-Sorte von Rice Tec stammt aus der jahrhundertelangen Zuchtarbeit der Bauern des indischen Subkontinents. Die Methode von Rice Tec, verschiedene Sorten dieser bäuerlichen Arten zu kreuzen, ist eine sehr gewöhnliche Züchtungsart.

Das Problem, das dem Patentieren von Lebendigem zugrunde liegt, wird veranschaulicht durch die Patentvergabe für Basmati an Rice Tec. Indem man für sich in Anspruch nimmt, neue Pflanzensorten zu „erfinden“, verleugnet man die Schöpferkraft der Natur einerseits und das Ge-

schick der Bauern andererseits. Falls dieser falsche Anspruch auf eine Erfindung aufrechterhalten wird, könnte er verwendet werden, um Basmati-Anbauer wegen Nichtbeachtung des Patentrechts zu bestrafen. Diese könnten gezwungen werden, Lizenzgebühren an Rice Tec zu zahlen. Die sich hieraus ergebenden Kosten für die indische Landwirtschaft wären riesig. Ferner zwingt diese Saatgesetzgebung die Bauern, nur „registrierte“ Sorten anzubauen. Da die bäuerlichen Sorten nicht registriert sind und einzelne kleine Bauern sich die Kosten der Registrierung nicht leisten können, werden sie langsam in die Abhängigkeit von der Saatgutindustrie getrieben.

Diebstahl an der Natur

Das Plagiat des Basmati-Reises ist nur ein Beispiel für die Art und Weise, wie Konzerne die geistigen Eigentumsrechte über die biologische Vielfalt und die bodenständigen Entwicklungen der Dritten

Fortsetzung auf Seite 18

Welt für sich beanspruchen, dabei die Armen ihrer letzten Existenzquellen beraubend, die es ihnen ermöglichen, außerhalb des globalen Marktes zu existieren.

Dieses perverse System, welches Pflanzen und Saatgut als Erfindungen der Konzerne betrachtet, verwandelt der Bauern höchste Pflicht, nämlich Samen zu bewahren und unter den Nachbarn auszutauschen, in ein Verbrechen.

Heute kontrollieren zehn Konzerne 32 % des gewerblichen Saatgutmarktes, der auf 23 Milliarden Dollar geschätzt wird, und 100 % des Marktes für gentechnisch entwickelte Saat. Diese Konzerne haben ebenfalls die weltweite Kontrolle über die Märkte für Agrochemie und Pestizide. Indem Konzerne die geistigen Eigentumsrechte über Saatgut und Pflanzen für sich beanspruchen, werden Jahrhunderte gemeinsamer bäuerlicher Entwicklung und Erfindung enteignet. Nur fünf Konzerne kontrollieren den Welthandel. Die reiche Ernte an Samenvielfalt, welche uns die Natur und die Landbau treibenden Kulturen über die Jahrtausende überlieferten, werden durch Monokulturen und Monopole zerstört.



Die Landwirtschaft der Dritte-Welt-Staaten kann mit der industrialisierten Agrarindustrie etwa Nordamerikas nicht mithalten: Noch in Betrieb befindliche, muskelkraftgezogene Getreidemühle am Heiligen Berg Tai Shan in China.

Alle lebenden Wesen brauchen Nahrung. Deshalb wird in einem alten Hindutext, der „Taittiriya Upanishade“, die Menschheit aufgerufen, alle Wesen in ihrem Umkreis zu ernähren. In den Kulturen, welche eine ökologische Landwirtschaft betreiben, beruht das System auf einer Integration von Feldfruchtanbau und Tierhaltung. Die Abfälle des einen liefern Nahrung für den anderen, gegenseitig im Kreislauf. Die Nebenprodukte der Ernte dienen als Futter für das Vieh, der Mist des Viehs wiederum nährt den Boden, welcher die Pflanzen gedeihen läßt. Die Feldfrüchte erzeugen nicht nur Korn, sondern auch Stroh, welches Viehfutter und organische Substanz liefert. Somit sind die Feldfrüchte Nahrung für Menschen, Tiere und die vielen Mikroorganismen der Erde.

Es wird oft behauptet, daß die sogenannten Wundersorten der Grünen Revolution eine Hungerperiode verhindert hätten, da sie mehr Ertrag lieferten. Diese reicheren Erträge verschwinden jedoch in der Zusammenschau der Gesamterträge der Höfe. Die Saatsorten der Grünen Revolution erzeugten mehr Getreide, aber weniger Stroh. Weniger Stroh aber bedeutet weniger Futter für das Vieh und weniger organische Substanz für den Boden. Da Vieh und Regenwürmer unsere Partner in der Nahrungsmittelproduktion sind, bedeutet deren Nahrungsberaubung, daß es unmöglich sein wird, die teilweise höheren Erträge auf Dauer aufrechtzuerhalten. Somit wurzelt der Mehrertrag durch industriell betriebene Landwirtschaft auf dem Nahrungsraub an anderen Lebenswesen wie auch an den im ländlichen Raum lebenden Armen der Dritten Welt.

Während der Debatte um die Zulassung der globalen Saatgutorganisation Cargill in Indien im Jahre 1992 sagte einer ihrer Angestellten: „Wir bringen den indischen Bauern intelligente Technologie, die die Bienen daran hindert, die Pollen zu stehlen.“ Während der Biosicherheitsverhandlungen der Vereinten Nationen verteilte Monsanto Schriften, die behaupteten, daß „Unkraut das Sonnenlicht stiehlt“. Eine Weltanschauung, welche die Bestäubung durch Bienen als „Diebstahl“ bezeichnet und behauptet, daß manche Pflanzen „das Sonnenlicht stehlen“, ist eine Haltung, die auf den Diebstahl der Ernte der Natur zielt, indem sie die offenen, durch Bestäubung befruchteten Arten durch Hybride und Arten, die sterile Samen erzeugen, ersetzt und die natürliche Vielfalt der Flora mit Herbiziden zerstört.

Diese Weltanschauung wurzelt in der Eintönigkeit, im Wenig. Eine Weltan-

schauung des Reichtums und Überflusses ist jene der Frauen in Indien, welche den Ameisen Nahrung auf ihre Haustreppe tun und die schönsten Mandalas aus Reismehl herstellen. Überfluß ist die Anschauung der Bauersfrauen, die Muster aus Rohreis flechten, um sie den Vögeln aufzuhängen, wenn diese keine Körner mehr auf den Feldern finden. Diese Weltanschauung des Reichtums erkennt, daß wir, indem wir andere Arten und Wesen ernähren, die Bedingungen für unsere eigene Ernährung sichern. In der „Ischo Upanishade“ heißt es: „Das Universum ist die Schöpfung der höchsten Macht und dem Wohle der gesamten Schöpfung zugedacht. Laßt nicht eine Art die Rechte der anderen schmälern.“

Die gentechnische Revolution

Die Weltkonzerne stehlen die Ernte der Natur nicht nur durch die Patentierung lebender Arten, sondern auch mittels gentechnischer Eingriffe. Feldfrüchte, die gentechnisch gegen Herbizide immun gemacht wurden, können höchst aggressive „Überunkräuter“ verursachen, indem die Gene, die die Immunität gegen Herbizide bewirken, auf Unkräuter weiterspringen. Feldfrüchte, aus welchen Pestizidfabriken gemacht werden und welche gentechnisch dahin gebracht werden, Gifte zu bilden mittels Genen von Bakterien, Skorpionen, Schlangen und Wespen, können eine Bedrohung für nicht giftige Arten sein und zur Immunisierung von Schädlingen beitragen, wodurch dann „Überschädlinge“ entstehen. Bei jeder Anwendung von Gentechnologie wird den anderen Arten Nahrung gestohlen, um die Profite der Konzerne zu maximieren.

Die Grüne Revolution zielte auf hohe Erträge an Grundnahrungsmitteln wie Reis, Weizen und Mais, wobei sie verschiedene nahrhafte Getreide verdrängte und Monokulturen der genannten Getreide verbreitete. Die Gentechnische Revolution hebt den geringen Gewinn der Grünen Revolution auf, indem sie nicht nur die Vielfalt an Grundnahrungsmitteln vernachlässigt, sondern auch ihr Hauptaugenmerk auf die Immunität gegen Herbizide richtet und nicht auf höhere Erträge. Nach Clive James sind transgenetische Feldfrüchte nicht mit dem Ziel höherer Erträge entwickelt worden. 54 % der Zunahme an transgenetischen Feldfrüchten besteht aus jenen, welche herbizidresistent sind, aber keine höheren Erträge bringen. Von gentechnisch veränderten Feldfrüchten weltweit werden 39 % mit Soja, 25 % mit Mais, 13 % mit Tabak, 11 % mit Baumwolle, 10 % mit Canola und je 1 % mit Tomaten und Kartoffeln angebaut.

Tabak und Baumwolle sind keine Lebensmittel, sondern Handelsrohstoffe. Feldfrüchte wie Sojabohnen sind für die

meisten Kulturen außerhalb Ostasiens keine Grundnahrungsmittel. Soja bietet den anders sich ernährenden Indern keine Sicherung ihrer Nahrungsgrundlagen, wie auch Mais im Sorghumgürtel Afrikas das nicht tut. Gewährleistung der Ernährungsgrundlagen bedeutet jedoch nicht nur, ausreichend zu essen zu haben, vielmehr müssen es auch Nahrungsmittel sein, welche der jeweiligen Kultur zuzuzählen sind. Vegetarier können verhungern, wenn man von ihnen verlangt, sich von Fleisch zu ernähren. Ich habe erlebt, wie Asiaten unter der europäischen Fleisch-, Kartoffel- und Brotkost litten.

Die Tendenz zum Anbau von gentechnisch veränderten Feldfrüchten weist deutlich in Richtung einer Schmälerung der genetischen Grundlage unserer Nahrungsmittelvorräte. Augenblicklich gibt es nur drei kommerzialisierte Grundnahrungsmittel. Statt der hunderterlei Leguminosen und Bohnen, welche in der Welt gegessen werden, gibt es nur die Sojabohne. Statt der Vielfalt an Ölsamen gibt es nur Canola.

Fortsetzung auf Seite 19

Statt der verschiedenen Sorten Hirse, Weizen und Reis gibt es nur Mais. Indem die biotechnologische Industrie sich global ausbreitet, werden diese Tendenzen hin zu Monokulturen zunehmen und weiter die biologische Vielfalt der Landwirtschaft verdrängen. Dadurch wird ökologische Anfalligkeit geschaffen.

Vielfalt statt Monokultur

In der indischen Landwirtschaft verwenden Frauen bis zu 150 verschiedene Pflanzen zu medizinischen Zwecken, als Nahrung und als Futter. Für die Ärmsten ist die biologische Vielfalt die wichtigste Quelle der Sicherung ihrer Existenz. In Westbengal sind 124 „Unkraut“-Arten, welche von Reisfeldern gesammelt werden, von wirtschaftlicher Bedeutung für die örtlichen Bauern. Im tansanischen Dorf bestehen 80 % der Gemüsegerichte aus Wildpflanzen. Herbizide wie Roundup und transgenetischen Feldfrüchte, welche herbizidresistent sind, zerstören somit die Wirtschaftsgrundlage der Ärmsten. Was für Monsanto ein Unkraut ist, ist für das Landvolk Nahrung oder Medizin. Nachdem die Kritik an den herbizidresistenten und toxinproduzierenden Feldfrüchten - entwickelt durch Gentechnologie - wächst, fängt diese Industrie davon zu reden an, daß sie Feldfrüchte entwickelt, die Stickstoff binden, hohe Salzverträglichkeit haben oder hohen Nährwert. Solche Sorten gibt es aber bereits, von den Bauern entwickelt und angebaut. Die biologische Vielfalt bietet bereits die Lösung vieler Probleme, für welche uns die Gentechnologie als Lösung empfohlen wird.

Das Bergbauerntum des Garhwal Himalaya hat eine besondere Anbauweise, „branaja“ genannt, was wörtlich „zwölf

Samen“ bedeutet. Die Samen von 12 oder mehr verschiedenen Feldfrüchten werden gemischt, dann wird diese Mischung auf ein mit Mist gedüngtes Feld ausgebracht. Nach der Aussaat versetzt der Bauer die Pflänzchen, um eine gleichmäßige Verteilung zu erzielen. Wie bei anderen Anbaumethoden ist dauerndes jäten nötig. Gesät wird im Mai, geerntet wird zu verschiedenen Zeiten: vom späten August bis zum frühen November. So stellt sich der Bauer einen dauernden Nahrungsvorrat sicher für diese Zeit und darüber hinaus.

Die verschiedenen Feldfrüchte wurden von den Bauern während langer Zeiträume gewählt, indem sie die Beziehungen der Pflanzen untereinander und die des Bodens zu den Pflanzen beobachteten. So klettert z. B. die Rajmaranke nur auf die Marschpflanze und auf sonst keine. Die Symbiose zwischen verschiedenen Pflanzen trägt zur Ertragssteigerung bei. Indem die Bauern nach der Branajamethode arbeiten, erhalten sie höhere Erträge, eine größere Fruchtvielfalt und bessere Preise für ihre Produkte, als wenn sie z.B. Sojabohnen als Monokultur anbauen würden.

Der Anbau einer Vielfalt von Früchten kann demnach eine Methode sein, um reichere Ernten und somit ein besseres Einkommen zu erzielen. Da aber diese Ernte und dieses Einkommen von verschiedenen Feldfrüchten stammen, hat der zentralisierte Kommerz kein Interesse an ihnen. Er verlangt Einheitlichkeit und Monokulturen. Was wir also erleben, ist die Entstehung eines Nahrungsmitteltotalitarismus, in dem eine Handvoll Konzerne die ganze Nahrungsmittelkette kontrolliert und die Alternativen zerstört, so daß die Menschen keinen Zugang mehr haben zu sicheren, vielfältigen, ökologisch erzeugten Nahrungsmitteln. Durch die neuen Handelsgesetze können die Konzerne die Weltbevölkerung mit kulturell nicht adäquaten, ökologisch riskanten Nahrungsmitteln zwangsfüttern. Dabei behandelt man das Recht auf Nahrung, das Recht auf Sicherheit, das Recht auf (die eigene) Kultur als Handelsbarrieren, welche abgebaut werden müssen.

Diesem Nahrungsmitteltotalitarismus kann nur Einhalt geboten werden durch die weltweite Mobilisierung breiter Kreise, um eine Demokratisierung des Ernährungswesens zu erreichen. In Zeiten, beherrscht von Unrecht und Fremdbestimmung, kann die wirtschaftliche und politische Freiheit nur durch friedlichen Ungehorsam gegenüber den ungerechten Regierungen und Gesetzen erreicht werden. Diese friedliche Nichtkooperation war die demokratische Tradition Indiens, welche durch Mahatma Gandhi als „satyagraha“ wiederbelebt wurde. Wörtlich übersetzt bedeutet „satyagraha“ „das Ringen um die Wahrheit“. Das Salzsatyagraha verlieh der

Weigerung Indiens, die ungerechten Salzesetze hinzunehmen, Ausdruck.

Der Widerstand formiert sich

Am 5. März 1998, dem Jubiläum von Gandhis Aufruf zur Salzsatyagraha, rief ein Zusammenschluß von über 2.000 Gruppen die Bija Satyagraha ins Leben, eine Bewegung des Widerstandes gegen die Patentierung von Samen und Pflanzen. Diese Bewegung weigert sich, die Kolonisierung des Lebens durch die Patentierung von Lebewesen und durch perverse Technologien hinzunehmen, und wendet sich auch gegen die Zerstörung der Versorgungssicherheit durch die Regeln des Freihandels der World Trade Organisation. Die Bija Satyagraha ist ein Ausdruck der Sehnsucht aller Menschen und Lebewesen nach Selbständigkeit und die Betonung des Rechtes auf Nahrung.

Ein weiterer Versuch, Demokratie im Nahrungsmittelbereich zu erlangen, war, das Saatgut der zerstörenden Kontrolle der Konzerne zu entziehen. Indische Bauern und Umweltschützer riefen vor über zehn Jahren Navdanya ins Leben - eine Bewegung, welche Samen sammelt. Navdanya hat 16 Gemeindesaatbanken in sechs Staaten Indiens gegründet. Tausende von Mitgliedern betreiben chemiefreie Landwirtschaft und haben sich verpflichtet, weiterhin Saatgut zu sammeln und mit anderen zu teilen wie auch die biologische Vielfalt zu erhalten, welche sie der Natur und ihren Ahnen verdanken.

In Indien wird ökologische Landwirtschaft „ahimsic krishi“ (gewaltlose Landwirtschaft) genannt, weil sie im Mitgefühl mit allen Naturwesen wurzelt und somit die biologische Vielfalt schützt. ARISE, das nationale Netzwerk für biologische Landwirtschaft in Indien, hält Kurse auf den Dörfern innerhalb des ganzen Landes ab, um Bauern zu helfen, die ohne Chemie arbeiten wollen. Obwohl biologische Landwirtschaft mit geringen Kosten und geringem technischen Aufwand verbunden ist und somit eine Lösung für die Armen, wird sie häufig hingestellt als „Luxus für die Reichen“. Das stimmt nicht. Die Billigkeit der Nahrungsmittel aus industriellen Erzeugnissen spiegelt nicht die Produktionskosten wider, sondern ist Ausdruck der hohen Subventionen, welche die Agrarindustrie erhält.

Millionen Menschen auf der ganzen Welt wenden die Grundsätze der ökologischen Landwirtschaft an. Die Herausforderung nach Seattle besteht darin, die Welthandelsregeln und die nationale Nahrungsversorgungs- und Landwirtschaftspolitik dahingehend zu ändern, daß diese Methoden gepflegt und verbreitet werden und die ökologische Landwirtschaft, welche die Existenzgrundlage der Kleinbauern sichert und risikofreie Nahrungsmittel erzeugt,

nicht an die Wand gedrängt und kriminalisiert wird. Es ist an der Zeit, die gestohlene Ernte zurückzufordern und das Erzeugen guter Nahrung als das größte Geschenk und die revolutionärste Handlung zu feiern.

Bewegungen für Selbstbestimmung im Lebensmittelbereich gewinnen an Kraft. Wir haben gesehen, daß Bürgerbewegungen gegen Gentechnik und Kontrolle der Konzerne über die Landwirtschaft weltweit die Sorge über Gentechnologie vom Rand in das Zentrum der Aufmerksamkeit von Handel und Wirtschaft rücken. Im Jahre 1999 entfachte eine fachübergreifende Gruppe in England, bestehend aus Bauern, Konsumenten, Entwicklungsgruppen und Umweltfachleuten, eine Kampagne für einen fünfjährigen Stopp der Gentechnik. In ganz Europa nehmen ähnliche Ächtungen und Moratorien zu. Widerstand gegen die Gentechnologie schafft Zusammenschlüsse der verschiedensten Richtungen: Naturwissenschaftler und Laien, Produzenten und Konsumenten, Menschen des Nordens und des Südens.

Fortsetzung auf Seite 20

Wissenschaftler, dem öffentlichen Interesse verschrieben, welche sich mit den Auswirkungen ökologischer Wandlungen befassen, spielten eine wichtige Rolle in dieser Bewegung. Ohne den Zusammenhalt solcher Wissenschaftler mit den Bürgerbewegungen hätte der Versuch der Industrie, die Debatte zu polarisieren, als ob es sich um eine Auseinandersetzung zwischen „Fachleuten“ und „Laien“, oder zwischen „Vernunft“ und „Emotion“ handelt, wohl Aussicht auf Erfolg gehabt. Man hätte die Proteste nicht beachtet, und die Kommerzialisierung gentechnisch veränderter Organismen wäre ohne Fragen und Pausen weitergegangen. Solidarität zwischen Produzenten und Konsumenten ist ebenfalls notwendig. Da die Mehrheit der Menschen der Länder des Südens Bauern sind, aber von den Bauern im Norden weltweit nur 2 % die Verdrängung überstanden haben, werden die Bewegungen für freiheitliche Regelung im Lebensmittelbereich im Norden die Form von Konsumentenbewegungen und im Süden von Bauern wie auch von Konsumentenbewegungen annehmen.

Die Demokratisierung (= Selbstbestimmung) des Nahrungswesens wurzelt in den Bewegungen zur Wiedererlangung der biologischen Vielfalt. Die Weigerung, die Vielfalt des Lebens als Besitz und Erfindung der Konzerne zu betrachten, **bedeutet die Anerkennung des inneren Wertes aller Arten mit der ihnen innewohnenden Fähigkeit der Selbstregulierung.** Die Privatisierung lebender Ressourcen durch Patentierung zu verweigern, dient der Verteidigung der Existenz jener Zweidrittel betragenden Mehrheit, welche des Kapitals der Natur bedarf, um zu überleben. Es ist auch eine Verteidigung der Vielfalt der

Kulturen, da die meisten Kulturen der Welt in anderen Arten und Pflanzen nicht „Besitz“, sondern „Verwandtschaft“ sehen. **„I have sworn upon the altar of God eternal hostility against every form of tyranny over the mind of man“** – **THOMAS JEFFERSON**

Captive Nations Committee, In

Völkern

zu leben, in



Gebiete, die nach dem I. und II. Weltkrieg unter Bruch des Selbstbestimmungsrechtes abgetreten

verschiedenen Ländern, überall in der Welt. Und,

.....daß die Preußen ihres Heimatlandes mit Waffengewalt beraubt wurden, in Friedenszeiten ohne Armee oder sonstigen Möglichkeiten der Selbstverteidigung; und daß ihre Heimat vor mehr als 50 Jahren seit ihrer Überrumpelung von den Besatzern mißbraucht worden ist - hauptsächlich Russen, Polen, Tschechen - die ihre eigenen Zwecke verfolgten, ohne den rechtmäßigen Eigentümern Entschuldigung zu gewähren; und

.....daß der verbleibende Rest der Bevölkerung, den die Besatzer zu Hause beließen, hauptsächlich wegen ihrer einzigartigen Kenntnisse und Fähigkeiten, während mehr als einem halben Jahrhundert Unterdrückung und Verfolgung erlitten hat, mit Verweigerung der Teilnahme am normalen bürgerlichen Leben, wie es sonst allen Leuten zusteht - öfters sogar mit dem Verbot ihre eigene Muttersprache zu benutzen - also können diese Leute nur dann auf eine Verbesserung hoffen, wenn ihre eigenen Landsleute wieder ins Land dürfen und sie ihre Rechte wiedergewinnen in Bezug auf Lebensführung, Freiheit, Selbstbestimmung, Selbstregierung und den Abzug aller fremden Truppen aus Preußen; und

.....daß das Public Law 86 - 90 der Vereinigten Staaten aus dem Jahre 1959 ausdrücklich solche Freiheiten für alle Völker dieser Welt einfordert, besonders und auch für all jene - wie die Preußen in den früher kommunistisch regierten Ländern; und

.....daß die Grenzen, die eingerichtet wurden um das preußische Volk auszulöschen, d.h. Völkermord zu begehen - ein Volk, das vertrieben wurde auf Anstiften von Joseph Stalin, diesem bekannten Massenmörder - da also diese Grenzen ein Schimpf sind angesichts von Demokratie und politischem Anstand, sind sie ein Widerspruch zur Idee der Freiheit, die man doch überall durchzusetzen versucht; und

.....dass diese von Stalin gezogenen Grenzen, verbrecherisch eingesetzt, befestigt mit Stacheldraht, Wachtürmen, automatischen Schießanlagen, Minenfeldern und anderen unmenschlichen und antidemokratischen Mechanismen Überbleibsel sind von einer tyrannischen

Indem Demokratie in der Nahrungserzeugung zurückgefordert wird, fordert man das Recht aller Arten auf ihren Anteil an Nahrung zurück und dadurch auch das Recht aller Menschen auf Nahrung, einschließlich der kommenden Generationen. Eine Demokratie im Nahrungsbereich, welche in besagter Weise umfassend ist, kann uns reichlich ernähren.

Aus dem Englischen übersetzt von Dr. Beate Buchinger



P.O. BOX 540, GRACIE STATION, NEW YORK, N.Y. 10028-0005, U.S.A. THE LATE JUDGE MATTHEW J. TROY, SR., FIRST PRESIDENT DR. IVAN DOCHEFF, Honorary President
HORST A. UHLICH, Honorary and Acting President

Petition 2001 - 2002

An die Völker und Organisationen der Welt Für die Rückgabe Preußens an das preußische Volk

Im Hinblick auf die Tatsache, daßdas Völkerrecht allgemein anerkannt, daß jedes Volk ein Recht auf Heimat hat, das ist der Ort der eigenen Geburt und der seiner Vorfahren - um dort in Frieden zu leben und zu arbeiten und schließlich dort zu sterben; und

.....daß der Staat Preußen geschichtlich Ostpreußen umfaßt, Pommern, Schlesien, Westpreußen usw., und

.....daß die Bevölkerung Preußens vor 50 Jahren aus ihrer Heimat vertrieben worden war, unter den unmenschlichsten Bedingungen; von 17 Millionen Ausgewurzelten gingen 3 Millionen, zumeist Frauen und Kinder, zugrunde. Und, daß die Überlebenden und ihre Nachkommenschaft seit damals gewaltsam daran gehindert sind, in ihre Heimat zurückzukehren und gezwungen sind, verstreut unter verschiedenen

nischen kommunistischen Vergangenheit und entfernt werden sollten; und

....daß das Preußenvolk und seine Nachkommen, wo immer sie seit 50 Jahren gelebt haben, ein Recht haben auf Rückkehr in ihre Heimat, auf den Genuß von Selbstbestimmung und die Durchführung freier Wahlen, auf Führung ihrer eigenen Geschäfte, auf eigene Zukunftsgestaltung u. Landesgestaltung:

Wegen alledem fordern wir - die Unterzeichner, hiermit Unterstützung für das Volk von Preußen, Hilfe für das preußische Volk und seine Organisationen, in ihrem Bestreben, die historischen Fehlentwicklungen, die hier aufgeführt wurden, in Ordnung zu bringen. Unser Ziel ist es, daß wir uns derselben menschlichen und bürgerlichen Freiheiten erfreuen dürfen wie andere freie Völker überall in der Welt, auch in einem wieder freiheitlichen Staate Preußen.



Captive Nations Committee

Von Horst Uhlisch

Der Vorsitzende des Captive Nations Committee, Horst A. Uhlisch schreibt unter dem 19. Juli 2001 an seine Mitglieder u.a.:

„sprichtüber die geradezu an Gehirnerschütterung leidende Bevölkerung Restdeutschlands, denen die freie Rede- und Versammlungsfreiheit verwehrt wird, und zwar unter einem Besatzungsregime, das gewalttätig eingesetzt wurde und das mit brutaler Gewalt aufrechterhalten wird von deutschen Hilfskräften der Besatzungsmacht.

Klärt die Welt auf. Lehrt die Menschen Namen von Sädten wie Königsberg, welches die roten Schlächter „Kaliningrad“ nennen.

Sagt unserer Jugend, daß Verbrechen sich nicht auszahlen.

Allen diesen Verbrechen zum Trotz ist die Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands unausweichlich.

Je länger es dauert, bis Preußen befreit und wiederbevölkert ist, umso schlimmer wird es diesen Volksmördern gehen, die für Preußens Raub und Verstümmelung verantwortlich waren und sind.“

EUROPA : gründend in Mord und Totschlag ?

H. H.

Glaubt man dem amtierenden tschechischen Ministerpräsidenten Milos Zeman - widergegeben nach „PROFIL“ vom 15. Januar d.J. - dann wä-



Milos Zeman, der fleischgewordene tschechische Minderwertigkeitskomplex

Der Preußische N

ren um 1945 bei 297000 Sudetendeutsche vom tschechischen Mob zurecht ermordet – und der Rest der Volksgruppe - dreieinhalb Millionen – zurecht unter erbärmlichen Umständen vertrieben worden, hätten sie doch allesamt 1938 Landesverrat am tschechischen Staat begangen, der seinerzeit mit der Todesstrafe geahndet wurde.

Wohlan, Herr Zeman, wenn dies zuträfe, dann hätte das tschechische Volk als Ganzes kein Lebensrecht mehr, hat dieses doch 1919 Hoch- und Landesverrat an der K. u. K. – Monarchie begangen, auf welche gleichfalls die Todesstrafe stand.

Wieviel Dummheit und Überheblichkeit noch im Jahre 2002 in den Köpfen führender Tschechen – und leider nicht nur in diesen – anzutreffen ist, ist erschreckend.

Tatsächlich hatten die Tschechen wider das herrschende Völkerrecht die sudetendeutsche Volksgruppe gegen deren erklärten Willen 1919 in den tschechoslowakischen Staatsverband gezwungen und jeden Widerstand blutig niedergeschlagen.

Das „Münchener Abkommen“ vom 29. September 1939, das den Sudetendeutschen unter deren größtem Jubel den Anschluß an das Deutsche Reich bescherte, lag im Völkerrecht und ist demgemäß unverändert rechtskräftig.

Wie soll ein Staat wie die Tschechei, gründend in Mord und Totschlag, sich verträglich in Europa einfügen, wenn dessen oberste Vertreter unwidersprochen die „Beneschdekrete“, jenen berüchtigten Freibrief für Massenmord und Vertreibung von 1945, wider jedes Recht bis zum heutigen Tag gutheißt ?

Die europäische Rechtskultur wäre erledigt und Mord und Totschlag würden das Recht verdrängen.

Dr. H.-G.M. Migeod

6 Rosmead - Ave
Oranjezicht
8001 Kapstadt/ RSA 28.1.2002

Frau
Erika Steinbach
Bundesverband der Vertriebenen
Bonn

Sehr verehrte Frau Steinbach !

Der Maler und Grafiker Ludwig Richter befand sich 1820 mit 17 Jahren in der Reisegesellschaft des Fürsten Narischkin, Oberkammerherr des Kaisers von Rußland. Richter war dazu ausersehen die Reise in Bildern festzuhalten. In Oberitalien zeichnete Richter eine ins Auge fallende Kunstpyramide, und als er das Blatt dem Würdenträger vorwies, schrie dieser ihn unherrschend an. Er sah in der Pyramide ein Todesmal und wollte nicht an den Tod erinnert sein. Fortan sprach mit dem jungen Richter keiner der Reisegesellschaft ein



Vor Ort



Wort mehr, nur der begleitende Arzt machte die Ausnahme.

Welche Parallele zu dem Verhalten des Bundesvorstands sehen Sie hier? Sie erkennen doch die schabigen Charaktere der Höflinge des Papier-Fürsten.

Mich erinnert diese Angelegenheit nach der verdrehten Sachlage und dem üblen menschlichen Verhalten stark an den Fall Dr. Latussek.

Sie können sicher sein, verehrte Frau Steinbach, dass hier die Mehrheit unserer Heimatvertriebenen hinter Herrn Dr. Latussek steht. Ähnlich sieht es damit im gesamten deutschen Volk aus, und mehr noch in den Völkern Europas. Und Diplomatie wollen wir nicht mit Feigheit verwechseln.

Ihr Amt ist schwierig geworden in diesen Jahren; umso mehr Diplomatie erfordert es. Ich grüße in diesem Sinne.

W. H. Müller

WER RETTET DIE WELT ?

- eine preußische Kulturselbstverwaltung im Königsberger Gebiet –

von Alexander Sacharow (aus „Kaliningradskaja Prawda“ = <Königsberger Wahrheit> - vom 18. Januar 2002). Übersetzt aus dem russischen von S. H.

Die sogenannte „zivilisierte“ Welt erlebt eine immer tiefere, seelische Krise.

Die westliche Verbrauchergesellschaft mit all ihren scheinbaren Kostbarkeiten ist offensichtlich in eine Sackgasse geraten.

Heute führen die Verteidiger der westlichen Demokratien ihre Abhängigkeit von erstarrten Formen vor und die völlige Unfähigkeit, die Vorstellungen der nachindustriellen „Informationsgesellschaft“ durch eigene Vernunft zu überwinden.

Wie retten wir nun die Welt vor der kommenden Katastrophe und wer kann dies tun ?

Die Antwort ist ein scheinbar widersprüchlicher Satz:

Je weiter die völkische Kultur vom Epizentrum der „Modernisierung“ entfernt ist, desto mehr ist ihr die Möglichkeit der geistigen Wiedergeburt geboten“.

Es ist davon auszugehen, daß die Quelle des vom westlichen Ungeist noch unversehrten Kulturgedächtnisses für die Menschheit im Osten, genauer, in Rußland liegt

Dem ist kaum zu widersprechen.

Aber welcher Teil Rußlands kann Zugpferd dieses Vorganges werden ? Rjasan, Kasan, Moskau oder Tschukotka?

Die Antwort ist mit Händen zu greifen: **das Königsberger Gebiet !**, denn dieses Land gehört zur uralten preußischen Kultur, die entfernter ist von der „Modernisierung“ als viele Tschukoten (ein Stamm in Sibirien). Das bedeutet, daß auf uns, die wir dieses alte, preußische Land bewohnen, die Aufgabe zukommt, die geistige Wiedergeburt der Menschheit in Gang zu setzen.

Wir oder keiner – das ist die Frage von heute.

Können wir diese weltweiten Herausforderung annehmen zugunsten der Menschen ? Wir sind überzeugt : wir können !

Hiervon ausgehend rufe ich im Wissen um die Stammesverwandschaft und die uralten preußischen Wurzeln, vertraut mit den überlieferten Lebensquellen der verlorenen nationalen Werte, als Erster alle Leute unserer Region auf, für die preußische Kulturselbstverwaltung einzutreten.

Fortsetzung auf Seite 22

Die Aufgabe dieser Organisation ist die Wiederbelebung der „Preußennation“ und die Werbung hierfür unter den noch nicht wiederauflebenden Bewohnern.

Mitglied kann jeder werden, der es will und wer den Wunsch auf eine geistige Wiedergeburt des Volkes äußert.

Wer nicht mitmacht, ist selbst schuld.

An die Spitze der Selbstverwaltung tritt ein Führer, ausgewählt durch geheime, indirekte Wahl.

Durch die geheime Wahl wird das Ergebnis nicht bekannt.

Das bedeutet, daß sich jeder, der an der Wahl teilgenommen hat, als Führer fühlen kann.

Daraus folgt, daß sich alle Mitglieder der Selbstverwaltung als Führer fühlen.

Diejenigen, die nicht führen wollen werden als „geistige Führer“ eingetragen mit der Pflicht, den Führer zu braten.

Auf dieser Grundlage erreicht man die Verfestigung der Nation und ihren schnellen Aufbau.

Der schnelle Aufbau wird durch Sprichwörter gefördert wie: „*Welcher Preuße liebt es nicht, schnell zu fahren*“ oder „*Die Preußen spannen (die Pferde) langsam an, aber fahren schnell*“ und „*Was den Russen Spaß macht, ist für den Preußen noch lustiger*“.

Die Selbstverwaltung hat Rechte. Die Führer ebenso, ganz abgesehen von den geistigen Führern.

Alle sind sie verpflichtet, das Salz des Salzes der Erde zu sein zur Sammlung der geistigen Welt mit dem notwendigen, fünften Rad der Technik am Wagen.

Unsere große, preußische Kultur legt uns eine besondere Verantwortung auf, weil sie fähig ist, die - ähnlich einem in den vier Wänden

seiner Zivilisation herumirrenden, blinden Kätzchen – hilflos im Morast des „Fortschritts“ versunkene Menschheit zu retten.

Unsere Hauptbegründung im ewigen Streit mit der westlich-liberalen, offiziellen Denkweise ist der Geist.

Und die Gedanken voller Edelmut und Schmerz über das Schicksal der Welt.

Damit leben wir und werden wir leben. Mit diesen Werten.

Wer sonst würde auf unserer Erde allumfassend denken und den restlichen Teil der Bewohner geistig-sittlich verschmelzen?

Nur wir Preußen!

Es ist dies nicht das in der Sache auf uns verkürzte Maß, sondern vielmehr das Maß für alle.

Unser Geist ist groß. Mit ihm werden wir richtung Westen wehen. Mit seinem Geist kann man bis zur Unendlichkeit wirken.

Dies ist unsere Aufgabe und darin liegt die Größe unserer preußischen Sendung!

Wir sind Preußen! Gott mit uns...

„Ostdeutscher -Literaturkreis e.V.“

Hoch vom Ufer des Pregels grüßt Sie die Katharinen-Kirche in Arnau/Ostpreußen. Unmittelbar vor den Toren Königsbergs gelegen, ist sie die zweitälteste Kirche des alten Ordenslandes. Ihre bedeutenden Fresken machen sie zu einem einzigartigen kunsthistorischen Denkmal. Seit 1992 sorgt das mit uns befreundete „Kuratorium Arnau e.V.“ erfolgreich für den Wiederaufbau der nach 1945 weitgehend zerstörten Kirche:

Die wiedererstehende Katharinen-Kirche wird als Zeugnis der Ordensleistungen und als Symbol deutschen Kulturwillens in die Zukunft ragen. Nehmen wir dies als verpflichtendes Beispiel für Willen, Tat und Zuversicht.



(Aufnahme: W. T. Rix, 2001)

Leserbriefe ✍

Ulrich H a n a k a m, Ulm, schreibt zum Artikel „*Kesseltreiben gegen Dr. Latussek*“ in 1 / 02:

„*Sie haben in Ihrem lesenswerten Aufsatz die entscheidende Frage vergessen, was*

die BdV-Präsidentin Erika Steinbach in ihrer Amtszeit bislang für die Vertriebenen geleistet hat – nämlich weniger als nichts – und ob sie nicht verbandsschädigend, nämlich im Widerspruch zu Satzung und Ziel des BdV tätig ist.

Anstatt sich schützend vor ihren Mitstreiter Dr. Latussek zu stellen, hat sie ihn, ohne ihn überhaupt anzuhören, öffentlich vorverurteilt und seinen Rücktritt als Vizepräsident erzwungen.

Nun hat Dr. Latussek von sich aus seinen Stuhl als thüringischer Landesvorsitzender des BdV geräumt – welch ehrenhaftes Verhalten zur falschen Zeit !

Ihren Stuhl zu räumen hätte stattdessen ob ihres Versagens in der Vertriebenenpolitik und mangelnder Solidarität die BdV-Vor-

Die BRD zehrt bis heute weltweit von dem Ruf, den sich Deutschland während der Zeit des Dritten Reiches erworben hat.



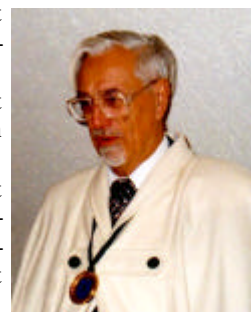
sitzende Erika Steinbach.

Günter Leyk

Von R g o l f H e n n i g

Kein Mensch ist im Grunde ersetzbar.

Nur selten ragt aber einer so hoch über die anderen, daß sein Verlust eine unschließbare Lücke hinterläßt. Hier ist dies der Fall:



? am 13. April 1919 in Ostpreußen, ist Günther Leyk am 20. Februar 2002 in seiner Zufluchtsheimat Bayern verstorben

Günther Leyk, begnadeter Vordenker wissenschaftsstarke, mit seinem zentralen, tieferschürfenden, schon in erstaunlich jungen Jahren verfassten, philosophischen Werk „*DAS LICHT*“ in zwei Bänden, Autor zahlreicher Gedichte, Opern, Operetten, auch Schauspiele, wobei er die heitere Muse bevorzugte, Physiker und Mathematiker, hatte sich zuletzt gezielt der Gemeinschaftsbildung seines deutschen Volkes zugewandt.

Zwar im Lauf seines bewegten Lebens auch einmal Bundesvorsitzender der „*AKTIONSGEMEINSCHAFT VIERTE PARTE*“- kurz AVP - welche die seinerzeitige linksliberale Koalition durch Verstärkung der konservativen Parteien um ein nationalkonservatives Element verstärken wollte, um die berüchtigten „Ostverträge“ der Herren Brandt und Wehner zu verhindern, hat er zuletzt in klarer Erkenntnis des tatsächlichen Absturzes deutscher Geistigkeit nach dem Krieg sich der

Wir gedenken der toten deutschen Soldaten, die am 04.03. d.J. nicht für Volk und Vaterland starben, sondern für eine Handvoll raffgieriger Geldschacherer, die keine Skrupel kennen und unsagbares Leid über diese vergewaltigte Erde bringen.

Wir gedenken der Tausenden Toten der „Wilhelm Gustloff“, die am 30. Januar 1945 von ein sowjetisches U-Boot S 13 um 21.16 Uhr torpediert wurde und versank 12 Seemeilen vor Stolz in den eisigen Fluten der Ostsee. Nach neuesten Forschungen waren fast 10.000 Menschen an Bord, ostpreussische Flüchtlinge, Verwundete, Marinehelferin. Mehr als 4000 Kinder sind ertrunken, erfroren, vom Schiff in die Tiefe gerissen worden. Aber was sagen schon Zahlen? S.H.

sittlichen Erneuerung des deutschen Volkes

Bücherecke



wortungsbewußter Deutscher, die nach innen als Orden und nach außen als Verein wirkt. Ich hatte die Ehre, diesen Bund gemeinsam mit Herrn Leyk zu begründen in der festen Absicht, das globalistische Vernichtungswerk unserer internationalen Gegner auf völkischer Ebene zu durchkreuzen. Alles was deutsch nach Abstammung ist und sich dem gemeinsamen Ziele zu widmen vermag ist zum gemeinsamen Werk geladen, Österreicher, Südtiroler, Flamen, Holländer, Südafrikaner und alle Auslandsdeutschen selbstverständlich inbegriffen.

„DIE BURGPOST“ war bis zuletzt das Organ, mit dem der Hochmeister Inhalte und sittliche Ziele des Ordens vor dem Hintergrund des von ihm seherisch aufgeklärten Weltgeschehens vermittelte.

Noch in der jüngsten Ausgabe 1 / 02 des „Preußen“ war einer von zahlreichen Beiträgen G. Leyks abgedruckt.

Nun gilt es, das Vermächtnis von Günter Leyk zu wahren und zu mehren, jenen Deutschen Bund zu einer Macht zu machen und dabei die musische Hinterlassenschaft des großen Denkers nicht zu vernachlässigen.

- Tauroggen beschworen -

Im Moskauer Blätterwald gibt es seit wenigen Wochen eine Zeitschrift der besonderen Art.

Sie heißt „ATHENEUM“, übt sich in bisher nicht bekannter Weise in Tabubruch und macht sich der Meinungsführerschaft der „Neuen Rechten“ anheischig.

Tatsächlich beschwört diese hervorragend gestaltete, webefreie Zeitschrift auf rund 100 Seiten die Zugehörigkeit Rußlands zur abendländischen, indoeuropäischen Geisteswelt.

Das Spektrum der Beiträge ist umfassend. Gründer und Schriftleiter Pawel Tulajew steht für den Rechtsruck in Rußland und für gänzlich unbefangenen Umgang mit anderenots „heiklen“ Inhalten.

Mitherausgeber Wladimir Awdyev nimmt sich in diesem Sinne als Wissenschaftler die „Rassentheorien der Zeit“ vor.

Inhaltlicher Schwerpunkt ist das deutsch-russische Verhältnis.

Oberst Moroskow fragt, wielange Deutschland noch die demütigende Rolle eines strategischen Satelliten der USA spielen wolle und **kann sich ein wirklich unabhängiges Deutschland vorstellen**, das sich einem „eurasischen Block“ anschließt, **indem es mit Rußland ein neues „Tauroggen“ schließt.**

„ATHENEUM“ soll demnächst auch in Englisch erscheinen.

Vordringlich wäre allerdings wegen geradezu zwingender Gemeinsamkeiten die Ausgabe in Deutsch.

Nach Redaktionsschluß

B R D - Justiz wie früher in der „ZONE“ ?

Von Dieter Greve

Der Gerichtssaal Nr. 130 im Amtsgericht Walsrode war am 21. Februar 2002 um 11.20 Uhr zu klein, um alle Anwesenden aufzunehmen, die dem fast 80-jährigen Angeklagten - Herrn Johannes Peter Ney - ihre Sympathie bezeugen wollten. Der Richter mußte daraufhin einen größeren Saal auswählen.

Der ehemalige Oberleutnant der Marine, Herr Johannes P. Ney, hatte am 13.07. 2000 einen Brief an Bundeskanzler Schröder geschrieben und gefragt, warum er einen Nichtdeutschen, den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Herrn Paul Spiegel (P.S.) in die „unabhängige“ Zuwandererkommission berufen habe. Schließlich gehöre P.S. eindeutig einer Minderheit in Deutschland an, nämlich dem „auserwählten“ Volk der Juden, Ob Minderheiten in der BRD über die Zuwanderung in unser Land befinden dürfen, hatte Herr Ney den Bundeskanzler Schröder gefragt.

Der Staatsanwaltschaft in Düsseldorf wurde der Brief zugespielt. Daraufhin hat P.S. Anzeige gegen Herrn Ney erstattet.

In Ihrem Plädoyer erläuterte Frau Staatsanwältin, Herr Ney habe das Wort „fremdvölkisch und Jude“ benutzt, die im Dritten Reich im Sinne der NS-Terminologie ver-

wendet wurden. Den Tatbestand der „freien Meinungsäußerung“ würde diese Ausdrucksweise nicht abdecken usw.

Der Rechtsanwalt von Herrn Ney, Herr Plantiko, erläuterte in präziser kurzer Form die deutsch/jüdische Geschichte. Diese Ausführungen wurden von der Staatsanwältin und dem Richter Gruß mit offensichtlichem Desinteresse und Zurschaustellung von Langeweile angehört.

Im einzelnen sagte der Rechtsanwalt :

Die Diaspora -Juden hätten die härtesten und schärfsten Rassegesetze, die es z.B. in dieser Form in Deutschland niemals gegeben habe. Nur dadurch hätte sich das jüdische Volk - über 2000 Jahre in aller Welt verteilt - als Volk erhalten können. Daraus könnten wir Deutschen lernen!

Jude ist nur, wer von einer Jüdin geboren wurde.

Schon 1933 hat das Weltjudentum dem Deutschen Volk, unter Adolf Hitler, den Krieg erklärt.

Herr Ney betonte nochmals, daß er Herrn Spiegel nicht beleidigen wollte. Es sei für uns unzumutbar, wenn Fremde in Deutschland - und dazu gehörten zweifellos frei die Juden - bestimmen wer und wieviel Ausländer in unser überbevölkertes Land einwandern!

Das haarsträubende „demokratische“ Urteil schien schon vorher festzuliegen und lautet: **30 Tagessätze zu 30 Euro plus die Gerichtskosten.** Die deutsche Gerichtsbarkeit steht offensichtlich im Dienste der Machthaber, wie seinerzeit in der ZONE, die jedem System dienen. Ich bedauerte ihnen in Walsrode nicht hinterhergerufen zu haben, so wie im Sommer 1976 vor einem DDR-Gericht in Erfurt „ich danke meinem Schöpfer, nicht auf ihren Plätzen sitzen zu müssen“. Bedauernswert, die Gerichtsbarkeit in der BRD !

☺ ☺ ☺

Option auf den 11. September 2001

POLITISCHE HINTERGRUNDINFORMATIONEN (PHI)

Vom 28.1.2002

Nicht nur gute Kontakte zu Regierungsstellen, sondern regelrechtes Insiderwissen schienen gewisse Wall-Street-Investmentbanken zu haben, welche dank dem Anschlag auf das World Trade Center Börsengewinne in Millionenhöhe verbuchten. An der Börse floriert der sogenannte Optionen-Handel. Dabei schließt man eine Art Wetten auf gewisse Aktien

ab. Man spekuliert, ob diese fallen oder steigen werden. Bei einer *Call-Option* gewinnt der Spekulant, wenn die Aktienkurse steigen; bei einer *Put-Option* verdient man hingegen, wenn der entsprechende Aktienkurs fällt. In den Tagen vor der WTC-Katastrophe nahmen die *Put-Optionen* an der *Chicago Board Options Exchange*, der größten Optionenbörse Amerikas, drastisch zu. Auffallend häufig wurde darauf gesetzt, daß die Aktien der beiden Fluggesellschaften *United Airlines* und *American Airlines* in den nächsten Tagen fallen werden. Genau dies trat ein, weil je zwei der vier entführten Flugzeuge diesen beiden Airlines gehörten. In den drei Tagen vor dem 11. September schnellten die von *Morgan Stanley* gekauften *Put-Optionen* dramatisch in die Höhe und erreichten einen Tagesdurchschnitt von 7'647 Optionen, während diese Broker-Firma im August durchschnittlich nur 2'384 *Put-Optionen* pro Tag gekauft hatte. Ebenso der *Merrill Lynch-Konzern*: Dort kaufte man in den drei Tagen vor der Tragödie 64'445 *Put-Optionen*, 28'960 allein am 10. September. Zu den größten finanziellen Gewinnern der WTC-Attentate gehört jedoch die Firma *Alex Brown Inc.*

Fortsetzung auf Seite 24

Sie kaufte am meisten *Put-Optionen* auf die beiden angegriffenen Fluggesellschaften. Bis 1998 wurde die Firma von A. B. Krongard geleitet. Dieser ist heute geschäftsführender Direktor des CIA. Präsident Bush hatte ihn am 26. März 2001 auf diesen Posten gesetzt, nachdem er drei Jahre lang Berater des CIA-Direktors George Tenet gewesen war. Die sehr ungewöhnlichen Börsengeschäfte an den Tagen vor dem 11. September sind nicht nur PHI aufgefallen, sondern wurden auch in einigen deutschen Tages- und Wochenzeitungen besprochen. Allgemein wurde dabei der Abscheu ausgedrückt, daß der Familienclan der Bin Laden oder „die Islamisten“ auch noch durch ihre Börsenspekulationen an dem 11. Sept 2001 verdient hätten. Doch jetzt erscheint die Sache in einem anderen Licht. Offensichtlich hatte der CIA einigen Börsenmaklern oder deren Kunden Hinweise gegeben.

Anzeigen

Hotel „Nemunas“

Sollten Sie einmal aus Memel (Klaipeda) nach Tilsit oder Königsberg reisen, nehmen Sie als Aufenthalt für Übernachtung Heydekrug (Šilute) eine Stadt am Ufer vom Fluss Šyša, nicht weit davon, wo die Memel (Nemunas) in das Kurische Haff mündet.

In Heydekrug (Šilute) empfängt man Sie im Hotel „Nemunas“ in der *Lietuvinku Str. 70*. Es gibt hier 44 Plätze. Zu Ihrer Verfügung stehen Ein und Doppelbettzimmer

Seite 24
2002

sowie Luxuszimmer insgesamt 24 Zimmer mit Dusche, Badewanne, WC und Satellitenfernsehen. Neben dem Hotelgebäude befindet sich ein bewachter Parkplatz für Ihr Auto. Im Café Bar und Empfangssaal des Hotels können Sie feiern oder sonst eine schöne Gemütlichkeit genießen und im Billardraum die Zeit ohne Langeweile verbringen. Auf dem Hof finden Sie ein Sommercafé und einen wunderbaren Minipark für verschiedene Partys. Im Hotel werden die Schiffsfahrten über das Kurische Haff, nach Nidden (Nida), Schwarzort (Juodkrante) organisiert und mit dem Bus gelangen Sie nach Memel (Klaipeda) und Polangen (Palanga), wo Sie eine schöne Erholung an der Ostsee an ihrem Seidensandstrand auch erleben werden.

Man kann im Hotel ein Auto, Boot oder Yacht sowie Fahrräder mieten. Es werden auch Jagd und Fischfang veranstaltet. Für die Naturfreunde ist ein Erholungsplatz am rechten Ufer der Memel eingerichtet. Das ist ein Gehöft, das als letztes unter allen zu finden ist. Hier kann man nicht nur fischen, sondern auch Fischsuppe kochen oder einfach grillen.

Aus Heydekrug (Šilute) können Sie weitere Reisen unternehmen und die berühmte Windenburger (Ventes) Ecke mit ihrem Leuchtturm, Dorf Minge, das als litauische Venedig bezeichnet wird, Russ (Rusne) und seine Insel besuchen und letzten Endes das Delta von der Memel (Nemunas) bewundern.

Willkommen im Hotel „Nemunas“

Tel.: (0037041) 52345,
Tel./Fax: (0037041) 62480

Für einen Fernsehfilm im Auftrag des ZDF über den 17. Juni 1953

suchen wir **Zeitzeugen**, die bereit sind, über ihre Erlebnisse rund um den **17. Juni 1953 in Berlin und Görlitz** vor der Kamera Auskunft zu geben.

Für Berlin werden insbesondere **Teilnehmer** des Zuges der **Bauarbeiter** vom **16. Juni** sowie **Augenzeugen** der Auseinandersetzungen in der Leipziger Str. und am Brandenburger Tor vom 17. Juni gesucht.

Bitte melden Sie sich bei der:

CineCentrum GmbH.

Christoph Caron

Jenfelder Allee 80, 22039 Hamburg

Tel.: 040-66885932/ - 54

Fax: 040-66885901

E-Mail: c.caron@cinecentrum.de

Geld fällt nicht vom Himmel. Man muß es sich erarbeiten! **BANKEN beziehen es einfach bei der Notenbank.** (Zum Verborgenen gegen Zinsen.) Was das bedeutet, zeigt

✍ **Der Schlüssel** ✍ Info:

GELDREFORMKREIS Deutschland
Murgtalstraße 2a, 76437 Rastatt
www.Zinsfreiheit.de.vu

Spezial-Reinigungs- und Pflegemittel für:

Lederjacken, -Hosen, -Mäntel, -Schuhe, -Möbel, Reitzzeug, Sättel, Zügel, Motoradsachen, Handtaschen, Fußbälle (in allen Farben), für Gummi, Plastik, Holz, für Autoteile, Stoßstangen, Cockpit usw. usw.

Hauchdünn mit weichem Tuch oder Schwamm auftragen. Die spezielle Rezeptur ermöglicht mehrmaliges Aufpolieren ohne Neuanwendung. Sparsam im Gebrauch. Vor Anwendung an nicht sichtbarer Stelle auf Farbechtheit des Leders prüfen. Nicht auf Wildleder verwenden.

Naturwarenvertrieb Helmut Usche

Vor der Seelhorst 94 c
30519 Hannover

Tel. & Fax 0511-841346


In unserer Ausgabe 1 / 01 hatten wir „www.preußenstaat.de“ als Weltnetzanschrift von „DER PREUSSE“ angegeben. Mancher wird vergeblich gesucht haben: eine kommodienreife Verkettung widriger Umstände verhinderte bislang die fällige Vorstellung im Weltmaßstab.

Wir haben uns aber inzwischen unter www.informer@whitetrasher.de den Zugang erneut gesichert.

Um aber die Kömmödie bühnenreif zu machen, hat uns ein Kobold der besonderen Art unsere Ausgabe 4 / 01 auf seine Weise unter „www.informer@whitetrasher.de“ in's Weltnetz gestellt: das „Gesicht“ verunziert - vielleicht mag er uns nicht - aber immerhin lesbar.

EINDRUCK

Herausgegeben und selbst hergestellt
im Eigendruck von

„Freistaat Preußen“, 

ISSN 1618-2707

vertreten durch Fritz Riedel

Verantwortlich für Schriftleitung und

Anzeigen: Dr. Rigolf Hennig,

Dr. Erich Lipok

Südstr. 9 D-27283 Verden/Aller

Tel.: 0049/4231/3535

Fax: 0049/4231/83743

„Der Preuße“ im Weltnetz:

www.preussenderfreistaat.de

Kto.: 46614 Kreissparkasse Verden

(BLZ: 291 526 70)

Nachdruck gestattet unter genauer
Quellenangabe und Zusendung
eines Belegexemplares

Berichtigung

„DER PREUSSE“ hatte in Ausgabe 1/2002 unter „Der Dritte Durchgang“ auf Seite zwei geschrieben „*zwar ist Putin sicher nicht entgangen, daß sich im Kabinett Clinton kein einziger Jude befindet*“.

Natürlich war Bush gemeint, denn im Kabinett Clinton war dieser nahezu der einzige „echte“ Us-amerikaner.

Die Schriftleitung nimmt Gelegenheit, festzuhalten, daß Präsident Bush seit dem 11. September 2001 durchgehend proisraelische und zionistische Politik betreibt.

Jener Anschlag hat also seinen Zweck erfüllt.

Unseren Leserinnen und Leser wünscht „Der Preuße“ ein frohes **Osterfest**